



# FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 32

„Wer keinen Namen sich erwarb,  
noch Edles will,  
Gehört den Elementen an . . .

Nicht nur Verdienst,  
auch Treue wahrt uns die Person.“

Goethe

# FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,  
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 32

März 1963

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch  
Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

## Inhaltsübersicht

*Heinz Hartmut Vogel*

**Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem . . . . . 3**

*Eckhard Behrens, Irene Lauer, Friedrich Maier,  
Heinz Peter Neumann, Fritz Penserot, Diether Vogel,  
Michael Wachsmuth*

**Forumgespräch: Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart. . . . . 9**

*Fritz Penserot*

**Wo bleibt die Krise? . . . . . 21**

\* \* \*

**Die politische Gemeinschaftskunde**

**Förtsetzung: Die Wirtschaft . . . . . 24**

*Heinz Peter Neumann*

**Bericht über die 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur vom 3. bis 6. Januar 1963 in Boll bei Göppingen. . . . . 35**

*Alois Dorfner*

**Gedanken zur 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung . . . . . 48**

*Eduard Gaugler*

**Partnerschaftstagung . . . . . 52**

**Ein Seminarbesucher aus Österreich schreibt . . . . . 53**

**Buchbesprechung . . . . . 54**

**Ankündigungen, Tagungen in Heidenheim und Herrsching . . . 54**

## Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem

Vortrag, verlesen auf der 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur vom 3. bis 6. Januar 1963 in Boll bei Göppingen

Unser diesmaliges Thema „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft“ zielt auf den Kernpunkt der sozialen Problematik hin, und seine Bewältigung ist gleichsam der Prüfstein, ob wir ernstlich gewillt sind, die soziale Frage einer Lösung zuzuführen. Was wir dabei unter „soziale Frage“ verstehen, wird — so hoffe ich — im Verlaufe dieser Ausführungen und vor allem während unserer Tagung deutlich werden.

Wie Sie aus dem Programm und unseren Ankündigungen in „Fragen der Freiheit“ entnehmen konnten, wollen wir das Arbeitsverhältnis — wir verstehen darunter den Rechtsstatus aller unselbständigen Arbeitnehmer (Lohn- und Gehaltsempfänger) — unter folgenden drei Haupt Gesichtspunkten untersuchen:

1. Unter dem Gesichtspunkt der Betriebsstruktur und -organisation sowie der ökonomischen Zweckmäßigkeit;
2. Unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsrechtes, d. h. der rechtlich-sozialen Situation und Position des arbeitenden Menschen;
3. Unter dem Gesichtspunkt der Gesamtordnung der freiheitlichen Wirtschafts- und Staatsverfassung.

Lassen Sie mich mit dem dritten Punkt: Das Arbeitsverhältnis unter dem Gesichtspunkt der freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beginnen.

In der freien Welt wird von niemand Ernstzunehmendem angezweifelt, daß: „Die Unantastbarkeit der Menschenwürde“, „Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ und „Die Gleichheit aller vor dem Gesetz“, die Fundamente einer freiheitlichen Lebensordnung bilden.

Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit wird von maßgeblichen Grundrechtskommentatoren als ein universelles Entfaltungs- und Betätigungsrecht des Menschen bezeichnet (vergl. Hamann: Das Grundgesetz).

Dazu gehört selbstverständlich auch die freie wirtschaftliche Entfaltung des Menschen, seiner unternehmerischen Eigenschaften und Möglichkeiten.

Von diesem Verfassungssatz ausgehend, hat Prof. Nipperdey, Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, wesentlich die Auffassung abgeleitet, daß das Bonner Grundgesetz bezüglich der Wirtschaftsordnung nicht wertneutral sei, sondern daß sich aus ihm zwingend die freie (soziale) Marktwirtschaft — eben als die Wirtschaftsordnung der freien unternehmerischen Entfaltung sämtlicher Wirtschaftsobjekte — ableiten läßt (vergl. Prof. Dr. Nipperdey: Grundgesetz und Wirtschaftsordnung in „Wirtschaftsordnung und Menschenbild“). Wenn diese Auffassung in juristischen Kreisen nicht allgemein geteilt wird (z. B. meint Hamann in seinem Grundgesetzkommentar, das Grundgesetz ließe auch eine zentralgeplante oder teilgeplante Wirtschaft zu), so liegt das meines Erachtens daran, daß das traditionelle juristische Denken nicht gewöhnt ist, sich an ordnungspolitischen Leitbildern und Funktionszusammenhängen zu orientieren. Die Notwendigkeit, die Übereinstimmung von Personen, Rechten und Lebensordnung herzustellen, wurde vielfach überhaupt nicht oder nicht scharf genug gesehen. Dies ist uns heute durch das Ordnungsdenken Walter Euckens möglich, das uns bei den gesellschaftspolitischen Untersuchungen während dieser Tagung leiten soll. Denn was bedeutet uns ein Verfassungssatz wie: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, wenn die Wirtschaftsordnung diesem Recht nicht in vollem Umfange entspricht? Welche Hindernisse der freien wirtschaftlichen Entfaltung der Einzelnen auch heute noch entgegenstehen, soll im Besonderen durch die Referate und Gespräche dieser Tagung geklärt werden.

Obwohl die Diskussion um die verfassungsrechtliche Begründung der freien Marktwirtschaft also keineswegs abgeschlossen ist, besteht — wie gesagt — bei uns eigentlich kein Zweifel darüber, daß freies, von zentraler Planung unbehindertes, selbständiges Unternehmertum, freier Leistungswettbewerb, leistungsbezogene Arbeitseinkommen und darauf fußend, private Eigentumsbildung, Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung sind. Insofern scheint Artikel 2 unserer Verfassung auf unsere Wirtschaftsordnung zuzutreffen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich hier jedoch ein in seiner Tragweite bisher zu wenig beachteter Strukturfehler innerhalb unserer traditionellen liberalistischen Wirtschaftsordnung. Denn der Fundamentalsatz des

Artikel 2 gilt in vollem Umfange nur für jenen Personenkreis, dessen Angehörige als selbständige Unternehmer ihre Betriebe maßgeblich leiten und die alle wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen in voller Eigenverantwortung selbst treffen. Dieser Personenkreis ist in der Bundesrepublik — man kann sagen glücklicherweise — noch immer recht umfangreich. Er umfaßt die selbständigen bäuerlichen, handwerklichen und die kleinen bis mittleren selbständigen Familienbetriebe. Diese Unternehmer verfügen über die Rechtsposition nach Artikel 2, d. h. sie bestimmen selbst über Art und Umfang ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit; sie unterstehen keinem weisungsbefugten Vorgesetzten und keiner Planungsbehörde. Erfolg und Mißerfolg fällt in vollem Umfange auf ihre eigene Person zurück.

Es ist eigentlich überflüssig zu sagen, daß Selbstbestimmung und Selbstverantwortung — gleichsam die moralische Innenseite der Persönlichkeitsentfaltung — von dem einzugehenden Lebensrisiko, von Erfolg und Mißerfolg, nicht zu trennen sind; man kann nicht das eine, die Persönlichkeitsentfaltung, wollen und das andere, das Lebensrisiko, verneinen. Der Umfang der Persönlichkeitsentfaltung und das Maß der selbstverantwortlichen unternehmerischen Tätigkeit haben dabei für die grundsätzliche Rechtsposition des Menschen keine prinzipielle Bedeutung.

Von den 53 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland sind 20 Millionen 880 Tausend unselbständige Lohn- und Gehaltsempfänger, die zu ihrem Arbeitgeber in einem weisungsgebundenen Untergebenenverhältnis stehen und deren Einkommen subjektiv — vom Standpunkt des Arbeitnehmers aus gesehen — eine Pauschalvergütung für hingeebene Arbeitskraft, Intelligenz, Einfallsreichtum, im Dienste des Arbeitgebers, darstellt. Der Arbeitgeber seinerseits sieht in den Aufwendungen für Löhne und Gehälter, einschließlich der gesetzlichen und freiwilligen sozialen Leistungen, einen wesentlichen Kostenfaktor, der bei der Kalkulation des zu erzeugenden Produktes in die allgemeine Kostenrechnung eingeht. In der Betriebsbilanz rangieren daher Löhne und Gehälter folgerichtig auf der Kostenseite und müssen in der Rentabilitätsberechnung konsequenterweise möglichst niedrig gehalten werden.

Wenn wir von den 53 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik die nicht berufstätigen Hausfrauen, Kinder, Greise und die dauernd Berufsunfähigen noch abziehen, so bekommen wir erst einen einigermaßen zutreffenden Eindruck davon, was es bedeutet, daß neben dem verbleibenden Rest selbständig berufstätiger 20 Millionen, davon 13 Millionen Männer und 7 Millionen Frauen, außerhalb der Gesetzmäßigkeit der freien Wirtschaftsordnung stehen, deren sozialetisches Fundament und deren Funktionsfähigkeit doch allein auf dem freien

Leistungswettbewerb der einzelnen beruht. So weit es ihre Berufstätigkeit betrifft, nehmen sie nicht teil an der freiheitlichen Lebensordnung und ihren persönlichkeitsbezogenen und persönlichkeitsfördernden Lebensregeln, wie sie von unserem Grundgesetz als allein menschenwürdig für alle in gleicher Weise gefordert wird.

Nehmen wir hinzu, daß die Großindustrie in allen Ländern der freien Welt im Grunde genommen von Kapitalgesellschaften „ferngesteuert“ und die Einzelunternehmen von beauftragten Managern geleitet werden, so verlieren das Ideal der freien selbstverantwortlichen Unternehmerpersönlichkeit und damit die Persönlichkeitsrechte bei uns noch mehr an Aktualität. Verglichen mit einer Wirtschaft in Staatseigentum und unter staatlicher Regie weist das Arbeitsverhältnis in einer solchenart „freien“ Wirtschaft soziologisch kaum Unterschiede auf. Hier wie dort ist der Lohn Kostenfaktor, hier wie dort befindet sich der Arbeitnehmer in einer hierarchisch gestuften (beamten- oder militärähnlichen) Untergebenenposition. Wenn es den Ostblockländern gelänge — was allerdings ohne freien Markt und freie Preisbildung undenkbar ist — zwischenbetrieblich den Leistungswettbewerb herzustellen (Bemühungen in dieser Richtung sind neuerdings in der Sowjetunion zu beobachten) so bestünde — wiederum soziologisch gesehen — zwischen dem Rechtsstatus eines Arbeitnehmers hier wie dort tatsächlich kein Unterschied mehr. Hier liegen die ordnungspolitischen Probleme, die das traditionelle Lohnverhältnis bei uns aufwirft. Hier ist der Ansatz auch zu suchen, zur Überwindung der Gruppengegensätze von herrschaftsbetontem — allerdings im Aussterben befindlichen — traditionellen Unternehmertum und einem zwangsläufig in kollektive Solidarität, in Kollektivforderungen und Kollektivgesinnungen abgedrängtem, sozial abhängigen Unternehmertum. Das herkömmliche Lohnverhältnis muß auf die Dauer zu einer passiv fordernden, jedes Lebensrisiko und damit jede freiheitliche Lebensordnung ablehnenden Lebenseinstellung führen.

Für die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist daher die Neuordnung des Arbeitsverhältnisses im Sinne eines echten selbstverantwortlichen unternehmerischen Rechtsstatus aller Betriebsangehörigen von entscheidender Bedeutung.

Außer dieser umfassenden ordnungspolitischen Problematik des herkömmlichen Arbeitsverhältnisses ergeben sich zwangsläufig die sozialrechtliche — wir könnten auch ganz einfach sagen menschliche — Fragestellung, sowie die Frage nach der Betriebsstruktur und -Organisation und schließlich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit bzw. nach der ökonomischen Zweckmäßigkeit, wie sie sich in Preisen, Kosten und Einkommen, niederschlägt.

Es wird unsere Aufgabe sein, wiederum aus dem Kern unseres menschlich sozialen Anliegens heraus, das neue arbeitsrechtliche Verhältnis des grundsätzlich als selbstverantwortlich gesehenen einzelnen Betriebsangehörigen zu bestimmen. Dies ist angesichts einer langen gewohnheitsrechtlichen Betriebs- und Arbeitstradition eine überaus schwierige Aufgabe, die wir in unserem Zusammenhange hier zunächst einmal in ihrer vollen Problematik sehen wollen. Der Arzt würde sagen: Wir wollen uns bei diesem ersten Partnerschaftsgespräch um eine möglichst umfassende und gründliche Diagnosestellung bemühen. Die Therapie ergibt sich dann — dies ist im sozialen Bereich nicht anders als in der Medizin — mit Notwendigkeit aus dem Krankheitsbild selbst.

Das Lohnverhältnis ist gleichsam der letzte Rest, das letzte Drittel eines ursprünglich totalen sozialen Abhängigkeitsverhältnisses, das sich vom antiken Sklaventum (der Mensch als käufliches Produktionsmittel) über den Zustand der Leibeigenschaft bis zum Achtstundenlohnarbeiter (Die Arbeitskraft als auf Stunden gemieteter Produktionsfaktor) unserer Tage erhalten hat. Die im Gange befindliche Anhebung des Tagelöhners (Wochenlöhners) und Stücklöhners (Akkordarbeiter) auf den Status des „Gehaltsempfängers“ (Monatslöhner) mit Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wie bei den Angestellten und kollektiver Absicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität, verstärkt keineswegs die Tugend der Selbstverantwortlichkeit und unternehmerischer Initiative, im Gegenteil: Der beamtenrechtsähnliche Zustand des Angestellten wird auf das Millionenheer unselbständiger Arbeitnehmer übertragen.

Die traditionelle Betriebsstruktur und die Führungsformen des herkömmlichen Unternehmens sind — wie schon erwähnt — folgerichtig den Vorbildern des theokratischen Herrschaftsverhältnisses bzw. dem darauf fußenden Beamtenstaat entnommen. Mit der Weisungsbefugnis, um nicht zu sagen Befehlsgewalt des Vorgesetzten, ist im Grunde das Wesentliche gesagt. Damit ist aber die persönliche Grundentscheidung und selbstverantwortliche Willensäußerung des Einzelnen innerhalb seines Arbeitslebens als Rechtselement eliminiert und die Notwendigkeit der Kontrolle von oben mit allen uns sattsam bekannten Begleiterscheinungen als unausweichliche Folge gegeben. Der individuelle Arbeitsantrieb muß nunmehr ersetzt werden durch Leistungsprämien, Belobigungen, Beförderungen und Auszeichnungen und, wie gesagt, durch möglichst lückenlose Beaufsichtigung.

Die auf ältesten Lebensformen beruhende traditionelle hierarchische Betriebsstruktur war verständlicherweise nur so lange funktionsfähig, als der soziale Druck einer genügend großen arbeitslosen Reservearmee die betrieblichen Führungsprobleme in der Latenz hielten.

Heute, im Zeitalter der Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung, treten sie jedoch mit voller Eindringlichkeit zutage.

Erste Anzeichen einer radikalen Umorientierung sind in Amerika, aber auch in Deutschland, zu beobachten. Abgesehen von den Pioniertaten der Partnerschaftsbetriebe — wir werden darüber aus beruflichem Munde noch hören — beginnt die Einsicht Platz zu greifen, daß sich die Leistungskraft der freien Wirtschaft nicht allein auf die Initiative der zahlenmäßig verschwindend wenigen selbständigen Unternehmer und allenfalls noch der mit Verantwortung betrauten Manager beschränken darf, sondern das Interesse (auch das wirtschaftliche), und die Verantwortungsfähigkeit der Millionen bisher unselbständiger Arbeitnehmer freigelegt werden müsse; und dies nicht nur im Hinblick auf erhöhte Leistungsfähigkeit und Produktivität der Betriebe als solchen und der Wirtschaft überhaupt, sondern im wohlverstandenen Interesse der vollen Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Kräfte aller wirtschaftlich tätigen Menschen.

Herbert Groß hat im Frühjahr vorigen Jahres in Boll die bewußt zugespitzte Formulierung gebraucht: „Der Vorgesetzte der Assistenten des Untergebenen“, womit er deutlich machen wollte, daß sich der Funktionsschwerpunkt im modernen Betrieb von den sogenannten Führungspositionen hochqualifizierter Spezialisten auf die tatsächlich „Unternehmenden“ verlagert. Hier ist das Umdenken im Gange, ebenso wie in der beginnenden Erkenntnis, daß das zentralgesteuerte Mammutunternehmen dem nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Teilbetrieb oder gar der Spezialabteilung auf die Dauer unterlegen ist.

Wie sich die Betriebsstruktur in Fortführung solcher Ansätze zu wandeln hat, wie die Organisation ihre Schwerpunkte von der zentralen Spitze in die Peripherie verlagert, wie das Kostendenken sich wandelt — der Einzelne gleichsam zum individuellen Kostenträger wird —, wie sich Verantwortung und Zuständigkeit im arbeitsteiligen Sinne delegieren und optimal aufgliedern läßt, damit werden sich die einzelnen Referate beschäftigen. Alle Anwesenden sind aufgefordert, in den sich anschließenden Gesprächen ihre Gedanken beizutragen.

Wir danken Ihnen, daß Sie die Mühe der Reise und die Unbequemlichkeit des Winters nicht gescheut haben und unserer Einladung gefolgt sind, sich mit uns gemeinsam diesen für unsere Zeit so wichtigen Fragen zuzuwenden.\*)

Dr. Heinz Hartmut Vogel

\*) Die übrigen auf der Partnerschaftstagung in Boll gehaltenen Vorträge werden demnächst ebenfalls gedruckt.

# Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart

Zusammenfassendes Forumgespräch der 13. Tagung des Seminars  
für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur  
in Boll bei Göppingen vom 3. bis 6. Januar 1963

Diether Vogel: Heute Vormittag wollen wir versuchen, noch einmal eine Zusammenfassung der ganzen Tagung zu geben in der Form eines Forumgespräches. Herr Behrens wird die Freundlichkeit haben, das Gespräch zu führen.

Am Gespräch werden sich beteiligen:

*Referendar Eckhard Behrens, Frankfurt (Main)*

*stud. rer. pol. Irene Lauer, Nürnberg*

*Dipl.-Volkswirt Friedrich Maier, Mitinhaber der Maschinenfabrik*

*Christian Maier KG, 792 Heidenheim/Brenz-Schnaitheim*

*Oberregierungsrat Heinz Peter Neumann, Berlin*

*Fritz Penserot, Kaufmann, Kirn (Nahe)*

*Diether Vogel, Bad Kreuznach*

*can. rer. pol. Michael Wachsmuth, München*

Eckhard Behrens: Bei unserem Forumgespräch geht es darum, die während der Tagung aufgetauchten Probleme und wesentlichen Grundgedanken noch einmal gesprächsweise zu rekapitulieren. Sie können dadurch in den Einzelheiten noch verfeinert und noch weiter geklärt werden. Diese Form des Forumgesprächs hat sich sehr bewährt. Wenn man die wesentlichen Grundgedanken und Ergebnisse noch einmal an sich vorüberziehen läßt, wird manches, was z. B. im Rahmen der Tagung weit auseinanderlag, zusammengefaßt, gegenübergestellt — die einzelnen Aspekte stützen sich gegenseitig — sie widersprechen sich auch einmal; das muß dann geklärt werden. Für diejenigen, die die Tagung leiten, ist es noch einmal eine Selbstkontrolle: Was ist herausgekommen? — und für die Tagungsteilnehmer ist es nochmals ein Überblick und eine Zusammenfassung, eine Antwort auf die Frage: Was hat mir die Tagung gesagt? In diesem Sinne soll das Gespräch gestaltet werden. Es wird nicht nur so sein, daß ich

nur Fragen stelle, sondern ich werde von Zeit zu Zeit auch selbst einmal zu einem Gegenstand Stellung nehmen.

Wir haben in dem Einleitungsreferat von Herrn Dr. Heinz Hartmut Vogel sehr schön die verschiedenen Aspekte zusammengestellt gefunden, unter denen das Arbeitsverhältnis — das Lohnverhältnis und das Partnerschaftsverhältnis — betrachtet werden muß. Wir sollten damit beginnen, uns diese verschiedenen Aspekte wieder ins Gedächtnis zu rufen. Es ist so manche Kontroverse dadurch entstanden, daß der eine von diesem, der andere von jenem Aspekt aus geredet hat, was nicht rechtzeitig erkannt worden ist. Wer ist in der Lage zusammenzufassen? Herr Neumann, ich recurriere auf Sie!

Heinz Peter Neumann: Herr Dr. Heinz Hartmut Vogel hat dargestellt, daß es drei Aspekte gibt, unter denen das Arbeitsverhältnis — das gilt auch für das Lohnverhältnis ebenso, wie für das Partnerschaftsverhältnis — zu betrachten ist: ein mal das rein ökonomische, betriebliche, also die Probleme, die sich ergeben im Arbeitsverhältnis von der ökonomischen und zwar der mikroökonomisch-betrieblichen Problematik her, als auch von der makroökonomischen. Darauf waren wir auch eingegangen bei der Betrachtung des allgemein-konjunkturellen Zusammenhangs. Dann zweitens, das rechtlich-soziale Problem: Wie ist das Arbeitsverhältnis rechtlich-juristisch zu gestalten? — Wie ist es rechtlich im traditionellen Lohnverhältnis? Wie ist es rechtlich im neuen Partnerschaftsverhältnis? Und schließlich haben wir als den dritten, übergeordneten Punkt den ordnungspolitischen Aspekt: Welche Funktion hat das Arbeitsverhältnis unter dem ordnungspolitischen Leitbild der Würde des Menschen und der Freiheit der Persönlichkeit? Das waren die drei Aspekte im Referat von Herrn Dr. Heinz Hartmut Vogel.

Eckhard Behrens: Damit haben wir im Wesentlichen auch den Ausgangspunkt zu der Gliederung dieses Gesprächs. Am weitesten geklärt erscheint mir die anthropologische Seite, also der Aspekt, unter dem wir die Dinge ordnungspolitisch betrachten. Er ist — sowohl in unserem Kreise mehrfach — als auch in der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft — sehr deutlich dargestellt worden.

Mit diesem ordnungspolitischen Aspekt werden wir dann gleich beginnen. — Weiter sind wir etwas eingedrungen in die ökonomischen Zusammenhänge, und zwar sowohl in die volkswirtschaftlichen — in diese sehr gut — und auch in die betrieblichen — hier ist die Theorie teilweise etwas steckengeblieben — und wir haben eigentlich sehr

wenig über die rein rechtliche Ausgestaltung dieser Dinge gesprochen. Das ist natürlich auch recht schwierig und ist sozusagen eine Vorarbeit, die eigentlich nur von Juristen in der rechten Weise geleistet werden kann, die dann anderen Beteiligten aber unmittelbar verständlich sein wird. Vielleicht reicht uns die Zeit, dazu heute auch noch kurz etwas zu sagen. Beginnen wir nun mit dem Ausgangspunkt, der auch rein historisch bei dieser Entwicklung der Ausgangspunkt gewesen ist, mit dem anthropologischen Aspekt. Es ist ja dargestellt worden — sowohl von den Vertretern der Partnerschaftsbewegung, wie auch von Herrn Dr. Lothar Vogel. Die Situation ist in dieser Hinsicht etwas zweischichtig und wir können dann vielleicht die Frage auch auf verschiedene Freunde aufteilen. Ich möchte dazu zunächst Herrn Meier bitten, die Aspekte darzustellen, die von der Partnerschaftsbewegung gebracht worden sind.

Friedrich Maier: Ich weiß nicht, wie weit ich bei Beantwortung dieser Frage historisch zurückgreifen soll. Der Ausgangspunkt der Entwicklung der Partnerschaftsidee liegt zweifellos beim Beginn des Industrialismus, wo man menschlich und ökonomisch unbefriedigende Verhältnisse hatte. Im Ökonomischen hatte man den Laissez-faire-Liberalismus, den man zunächst falsch verstanden hat. Diese unbefriedigenden Verhältnisse haben ihren Grund vor allem in einer sehr großen materiellen Not der Arbeitnehmer, der abhängig Beschäftigten, gehabt, so daß schließlich die Sozialgesetzgebung unter Bismarck eingeführt wurde, die die äußerste Not der abhängig Beschäftigten mildern sollte. Später, während der Hitler-Aera, wurde dann die Partnerschaft in einem ganz anderen Sinn gesehen. Es war da keine Partnerschaft, sondern das Führerprinzip auch in den Betrieben verwirklicht. Es wurde alles ausgerichtet auf die Leitideologie des Nationalismus. Schließlich war es dann so, daß nach dem Kriege die Partnerschaftsidee wieder aufgegriffen wurde, und daß das menschlich Unbefriedigende auch in der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sehr stark erlebt wurde; daß die Unzufriedenheit allgemein laut wurde darüber, daß dem Menschen in der modernen Industrie Gewalt angetan werde, daß er einmal nicht als freier Mensch, als Persönlichkeit, gewertet werde im Betrieb und zweitens, daß er ökonomisch nicht den ihm rechtens zustehenden Anteil am gemeinsamen Arbeitsergebnis bekomme. Das ist in wesentlichen Zügen der Ausgangspunkt der Partnerschaftsbewegung, die einmal die menschliche Seite betraf, die versucht hat, eine neue Menschlichkeit zu entfalten, dem einzelnen Verantwortung und das Gefühl seines persönlichen Wertes zurückzugeben und ihm andererseits auch den entsprechenden ökonomischen Anteil am gemeinsamen Arbeitsertrag zu geben. —

**Eckhard Behrens:** Wie war es mit der Entwicklung der reinen Arbeitsseite vom Mittelalter, vom Handwerk her bis zum modernen Industriebetrieb; wie hat sich die menschliche Seite des Arbeitsverhältnisses während dieser Entwicklung verwandelt?

**Irene Lauer:** Im Mittelalter war es vor allem der Handwerksbetrieb, der im Vordergrund stand, wo jeder einzelne Handwerker eine bestimmte Arbeit ausführte, und zwar meist die ganze Arbeit. Manchmal hat er auch noch Gesellen gehabt, die ihm dabei geholfen haben. Trotzdem war er aber mit der Arbeit persönlich noch viel stärker verbunden und konnte das, was er sich als Idee vorstellte, in seinem Werkstück ausführen. Er war als ganze Persönlichkeit mit seiner Arbeit verbunden. Durch die Arbeitsteilung kam es immer mehr dazu, daß der einzelne schließlich nur noch ganz bestimmte Handgriffe auszuführen hatte und den Gesamtprozeß immer weniger zu durchschauen vermochte. Das führte natürlich dazu, daß die Beziehung zur Arbeit, die früher da war, mehr und mehr verloren ging. Es kam dazu, daß der einzelne immer weniger, immer kleinere Detailarbeiten auszuführen hatte und dadurch nicht mehr die seelische Befriedigung, die er vorher in der Arbeit hatte, finden konnte. Es wurde im Laufe dieser Entwicklung auch die Arbeitszeit verkürzt durch die fortschreitende Arbeitsteilung und er suchte seine seelische Erfüllung auf anderen Gebieten. So entstand das Problem der Freizeitgestaltung. Das Problem beruht einfach in der Trennung des arbeitenden Menschen von seiner Arbeit.

**Eckhard Behrens:** Herr Oberingenieur Zellmer hat dieses Problem noch scharf pointiert beschrieben und gezeigt, daß in den letzten zehn Jahren diese Entwicklung noch auf die Spitze getrieben worden ist. Könnten Sie, Herr Wachsmuth, uns davon noch einmal die wesentliche Seite darstellen?

**Michael Wachsmuth:** Mit dieser Entwicklung, welche Fräulein Lauer eben angedeutet hat, hat sich der Großbetrieb entwickelt, die Aktiengesellschaft, z. B. Das hat einerseits eine Teilung der Unternehmerfunktion herbeigeführt, so daß wir den reinen Kapitalisten haben, und den reinen Funktionär, z. B. bei der Aktiengesellschaft mit Vorstand. Mit dieser Vergrößerung der Unternehmungen ist auch ihre Leistungsfähigkeit gestiegen. Durch das Gesetz der Betriebsgrößen und die Massenproduktion wurden die Kosten gesenkt. Dadurch sind große Programmierungs- und Planungsaufgaben entstanden, die nicht mehr von einem Einzelnen überblickt werden können. Und das Wettbewerbssystem macht es erforderlich, daß man eine sehr scharfe Kontrolle der Produktion durchführt und daß man einen sehr genauen Kompaß hat dafür, wie die Kosten sich entwickeln, wie die Absatz-

situation ist und wie die einzelnen Artikel, wenn man ein breites Sortiment produziert, auf dem Markt Erfolg haben oder nicht — und welche Kosten die einzelnen Artikel verursachen. Diese Entwicklung erfordert ein sehr genaues und exaktes Rechnungswesen: Damit wurde die Voraussetzung für die Holorithmaschine und für die elektronische Datenverarbeitung geschaffen. Durch diese Holorithmaschinen, die nach dem Lochkartenprinzip arbeiten, ist es möglich, in kurzer Zeit, z. B. in einem Monat, enorme Rechenleistungen zu vollbringen und den Betrieb unter dem reinen Wirtschaftlichkeitsprinzip, also sehr streng, zu organisieren und zu planen, insbesondere die zeitlichen Bestellungen richtig zu fixieren, daß z. B. immer große Aufträge gesammelt werden, daß nicht jede Abteilung für sich bestellt, daß immer mehr konzentriert wird, daß immer mehr die einzelnen Prozesse aufeinander abgestimmt werden. Und das ist nur möglich für eine Leitung, wenn alles weitgehend von oben, also nach einem Plan durch eine bewußte Organisation vollzogen wird. Alles Improvisieren, das früher der einzelne Abteilungsleiter so aus seinem Gefühl gemacht hat, muß heute aus Rationalitätsgründen aus dem Betrieb verschwinden. Dieser Verlust an Verantwortung, den der einzelne Arbeiter an seinem Arbeitsplatz erlitt, beschränkt sich also nicht auf diesen, sondern auch dem Abteilungsleiter wird seine Verantwortung immer mehr abgenommen und alles geht mehr und mehr in große Gesamtpläne ein, während nur die Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaft und die einzelnen Ressortleiter entscheiden. So wird also der Abteilungsleiter der mittleren Betriebe, die dann Großbetriebe werden, sehr viel von seiner Verantwortlichkeit einbüßen. In dieser Hinsicht ist also eine große Verarmung der arbeitlichen Reize eingetreten und es ist vielleicht auch eine Aufgabe der Partnerschaftsbewegung, zu überlegen, wie man auch diesen Menschen ein gewisses Interesse für den Gesamtbetriebsablauf erwecken kann, wobei man natürlich sagen muß, daß es in technischer Hinsicht einen Weg zurück nicht gibt. Es ist also vollkommen illusionär zu glauben, man könne die Holorithmaschinen und die elektronische Datenverarbeitung wieder abschaffen. Man kann nur immer wieder prüfen, ob man Ansatzpunkte dafür findet, diese Dinge zu kompensieren und ins menschliche Gleichgewicht zu bringen.

**Eckhard Behrens:** Ich glaube, ein Anhaltspunkt dafür ist auch die Umorganisation, die uns dargestellt wurde durch Herrn Zellmer. Er zeichnete uns das Liniensystem und das Stab-Liniensystem der Betriebsführung und der Betriebsorganisation an die Tafel. Im Liniensystem lief vom Unternehmer aus zu jedem einzelnen Hilfsarbeiter hinunter eine genau festgelegte Befehlskette. Wir haben beim Stab-Liniensystem dieselbe Befehlskette, aber wir haben hier, besonders

auf den höheren Stufen dieser Befehlshierarchie — oder besser Leitungshierarchie — (es müssen ja nicht unbedingt Befehle erteilt werden) — neben demjenigen, der in dieser Hierarchie steht, jeweils einen Stab von Fachkräften und Spezialisten, die ihn beraten und die die Dinge vorausdenken, die aber ihrerseits selbst auf die Arbeitsausführung usw. keinen unmittelbaren Einfluß haben. Wir haben eine recht interessante Kooperation zwischen den unmittelbaren Führungskräften und denjenigen, die für diese Führungskräfte denken; eine Zusammenarbeit, die beide Seiten zu einer partnerschaftlichen Gesinnung geradezu zwingt. Herr Zellmer hat das sehr instruktiv dargestellt. Wenn der Führungsbefugte und derjenige, der in seinen Stab eingegliedert ist, der aber selbst keine Führungsbefugnis besitzt, nicht in einer sehr menschlichen Weise miteinander zusammenarbeiten, dann kann dieses System garnicht funktionieren.

Nun könnte uns vielleicht jemand darlegen — und es ist dies ganz besonders schwierig — was Herr Dr. Lothar Vogel anthropologisch über die Arbeit und ihre Bedeutung für den Menschen gesagt hat. Was er z. B. sagte über das Verhältnis der körperlichen zur geistigen Arbeit und was die wesentlichen Aspekte waren, unter denen er die Probleme dargestellt hat. Es ist das — wir wissen es alle — eine besondere Leistung von Herrn Dr. Lothar Vogel gewesen und da er nicht hier ist, werden wir sicher sehr stümpfern, aber es wird hoffentlich genügen, um uns ins Gedächtnis zurückzurufen, was er darlegte. Herr Diether Vogel, können Sie das versuchen?

Diether Vogel: Ich möchte mir nicht anmaßen, die ungeheure Fülle, die in diesem Vortrag gegeben worden ist, wiedergeben zu können. Ich möchte von einem bestimmten Aspekt ausgehen, dem menschenkundlichen. Wir müssen die Wirtschaft ja betrachten als eine Institution, die den Bedürfnissen des Menschen zu dienen hat und nicht als Selbstzweck. Aus diesem Grunde muß die Wirtschaft dem Wesen des Menschen gemäß sein, sie muß ihm angepaßt sein. Wir müssen deshalb von einem ganz konkreten Menschenbild ausgehen, wenn wir prüfen wollen, ob die Wirtschaft, wie wir sie haben, menschengemäß ist. Ich will von dem Menschenbild ausgehen, wie es dem Naturrecht zugrunde liegt und wie es im Art. 1, Abs 1 unseres Grundgesetzes zum Ausdruck kommt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ — Das Wesen der Würde ist die Freiheit, die Autonomie der Persönlichkeit. Der Mensch ist seinem eigentlichen Wesen nach nicht ein determiniertes Wesen, sondern ein schöpferisches, aus sich selbst heraus existierendes Eigenwesen, eine Entelechie im Sinne Goethes. Wenn wir nun fragen, wie muß die diesem autonomen Menschenwesen dienende Institution — das gilt nicht nur für die Wirtschaft, das gilt für alle menschlichen Institutionen — wie muß eine solche Institution be-

schaffen sein, die der Würde des Menschen, d. h. also der Freiheit gerecht werden soll, so müssen wir sagen: Sie darf die menschliche Würde in keiner Weise antasten und verletzen. Idealtypisch gesehen müßte er deshalb eigentlich vollständig souverän in den sozialen Institutionen stehen in der Art, daß nirgendwo Menschen über Menschen bestimmen. Wenn wir von diesem Aspekt her die Wirtschaftsverhältnisse der Vergangenheit bis zur Gegenwart hin betrachten, wenn wir ganz weit zurückgehen und z. B. bei den alten Ägyptern anfangen und die Sklavenverhältnisse in der antiken Welt betrachten, dann die Leibeigenschaft des Mittelalters bis zum heutigen Achtstundenlohnsystem, dann müssen wir sagen, die Würde des Menschen ist in allen diesen Arbeitssystemen der Vergangenheit, wie wir sie aus der Geschichte kennen, in beschämendster Weise malträtiert worden. Auch im Achtstundenlohnsystem — der Mensch ist zwar seit der französischen Revolution freier Bürger, er kann wählen, er kann sich im rechtlichen Bereich frei bewegen, aber solange er sich während eines Drittels seines Lebens vermietet, sich während dieser Zeit seiner Autonomie zugunsten anderer begeben muß, ist er kein freies, sondern ein subordiniertes Wesen, steht er mit den anderen Menschen nicht in Koordination, also auf der gleichen Ebene der Freiheit, sondern ist er den Intentionen anderer unterworfen. Schon aus diesem Grunde müssen wir sagen, daß das überlieferte Lohnsystem — es sind ja jetzt nicht mehr ganz acht Stunden — der Würde des Menschen und somit dem von uns vertretenen Menschenbild nicht gemäß ist. Seit der antiken Kultur bis heute hat zwar eine gradweise Verminderung dieser Subordination stattgefunden — der Sklave in der antiken Welt war eine Sache, er wurde ge- und verkauft, wie ein Produktionsmittel, er war in der antiken Welt eigentlich das Produktionsmittel schlechthin, man hatte ja noch keine Arbeitskraftmaschinen. Im Laufe des Untergangs der antiken Kultur hat sich dieses System gemildert, aus der totalen Abhängigkeit des Sklaven ist die Leibeigenschaft des mittelalterlichen Feudalsystems geworden. Der leibeigene Bauer war noch wesentlich seinem Grundherren verpflichtet; er mußte ihm etwa vier Tage in der Woche Frondienst leisten. Der Achtstundenlohnarbeiter steht noch zu einem Drittel seiner Zeit im Verhältnis der Subordination, welches aus diesem Grunde der Würde des Menschen grundsätzlich widerspricht. Schauen wir nun in die Zukunft, so müssen wir uns im Sinne des Naturrechts eine idealtypische Wirtschaftsordnung vorstellen, die auch dieses letzte Drittel der Subordination vollkommen überwunden haben wird, wo also der Mensch nicht nur im Geistesleben — die Gedanken sind frei! —, nicht nur im Bereich der bürgerlichen Freiheitsrechte, sondern auch in seiner Position im Wirtschaftsleben als autonomes, sich selbst bestimmendes Wesen stehen wird. Er muß von der Objektseite

der Wirtschaft auf die Subjektseite der Wirtschaft herübergestellt werden. Ich will jetzt nicht das Idealbild eines Wirtschaftsbetriebes der Zukunft zeichnen — das würden wir auch heute noch gar nicht können, weil vorerst noch zu viele Zwischenprobleme im gesamten Bereich des menschlichen Zusammenlebens — nicht zuletzt in der Kultur — zu lösen sind. Ich habe nun nicht wiedergegeben, was Dr. Lothar Vogel vorgetragen hat. Der Vortrag von Dr. Lothar Vogel: „Was verstehen wir unter Brüderlichkeit in der Wirtschaft“ wird nächstens in „Fragen der Freiheit“ abgedruckt. Es waren ja so viele einander in dynamischer Interdependenz stehende Aspekte, die er brachte, so daß man, sollte man seinen Vortrag referieren, wie man heute sagt, einfach überfordert wäre.

Fritz Penserot: Nur einen Aspekt wollte ich hier noch anschneiden: Es ist eine gegenläufige Bewegung zu beobachten. Während also z. B. bei den alten Ägyptern der Sklave ein bestimmtes Werkstück angefertigt hat, so hat er aber — er ist zwar Sklave gewesen — in der Gestaltung des Werkstückes weitgehend schöpferische Freiheit gehabt. Je mehr die Arbeitsteilung fortgeschritten ist, um so mehr ist das Denken, die schöpferische Seite der Arbeit von der Ausführung abgetrennt worden, so daß wir heute im extremen Fall, den Mann am Fließband haben, der nur noch einen einzigen Handgriff zu tun hat — und das Denken besorgt die Führung des Betriebes. Es ist also einerseits das Zusammensein der schöpferischen Tätigkeit an einem Stück Holz oder Metall mit der Arbeitsausführung auseinandergerissen worden und andererseits ist die politische Freiheit errungen worden. Mit der politischen Freiheit kam die Arbeitsteilung, und die Arbeitsteilung hat den Einzelnen zum Atom gemacht, und Denken und Ausführen sind in der Arbeit auseinandergefallen. Wenn ich Herrn Dr. Lothar Vogel richtig verstanden habe, so kommt es ihm darauf an, auf eine Wirtschaftsordnung wieder hinzusteuern, in der das Denken wieder zusammengebracht werden kann mit der Ausführung. Ich muß gestehen, ich sehe nicht, so wie die Dinge heute liegen, wie das ohne weiteres möglich sein wird. Ich sehe aber, daß die Menschen dank der Freiheit, die sie dadurch erlangen, daß bei Vollbeschäftigung die Subordinationsordnung umgewandelt wird in eine Koordinationsordnung, daß der einzelne wenigstens soviel Freizügigkeit hat, daß er sich nach dem Arbeitsplatz hinbegeben kann, der ihm seiner Veranlagung und seinen Wünschen entsprechend der relativ beste zu sein scheint.

Eckhard Behrens: Herr Penserot, für diese Darstellung der gegenläufigen Bewegung in der Entwicklung des Arbeitsverhältnisses danke ich Ihnen ganz besonders, denn sie war mir noch garnicht bewußt und ist auch im Laufe der Tagung noch nicht ausgesprochen worden. — Inzwischen hatte sich Herr Maier noch gemeldet.

Friedrich Maier: Ich glaube, wir müßten jetzt wieder den Sprung ins Praktische tun, und zwar habe ich mir während der Ausführungen von Herrn Vogel überlegt, daß zweifellos ein Kernpunkt in der Partnerschaftsfrage der ist, wie man der Würde des Menschen in der harten industriellen Praxis gerecht werden kann, insbesondere im Zusammenhang eines Partnerschaftsbetriebes. Ich glaube, daß einmal die Partnerschaft unterstützt wird dadurch, daß sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber sich gemeinsam den technischen Zwängen des industriellen Zeitalters gegenüber sehen. Dadurch ergibt sich zwischen ihnen eine große Gemeinsamkeit. Es ist ja garnicht so, daß heute der Unternehmer wirklich Herr der Maschinerie wäre, sondern er ist seinerseits bereits weitgehend Untergebener und ebenfalls Knecht der herrschenden Umstände. Das wäre ein Ansatzpunkt, um das Menschliche als gemeinsames Anliegen beider Partner in den Vordergrund zu stellen. — Zweitens glaube ich, daß es noch am ehesten möglich ist, die beiden Partner auf menschlicher Ebene nahe zu bringen, wenn man ganz praktisch einen gesunden Gruppenegoismus voraussetzt. Hier begegnet uns wieder die Zwiespältigkeit des Begriffes Egoismus. Wenn nämlich sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber das ganz praktische Ziel haben, ihren Betrieb und ihren gemeinsamen Gewinn sowohl ökonomisch gesehen als auch menschlich gesehen, wirklich voranzubringen, dann verbindet sie das auch. Und in diesen beiden Interessen, nämlich daß sie sich erstens einmal der Technik und dem von ihr ausgehenden Zwang gegenübersehen und zweitens, daß sie beide ein gemeinsames Ziel haben, nämlich den Betriebsertrag oder das Vorwärtsbringen ihres gemeinsamen Werkes, ganz abgesehen vom Gewinn, glaube ich, daß da Ansatzpunkte liegen, an denen sich die Menschlichkeit im Betrieb wieder etwas aufrichten kann.

Diether Vogel: Zu dem was jetzt Herr Maier und was ich vorhin gesagt habe, möchte ich noch kurz etwas hinzufügen. Der Weg zum idealen Betrieb setzt noch große und bedeutende Lösungen auf dem makroökonomischen Felde voraus und eigentlich müssen da, im makroökonomischen Bereich, die Lösungen auch für die innerbetrieblichen Probleme gesucht werden. Wer ganz dynamisch denkt, wird sich dann vorstellen können, wie durch die Lösung der makroökonomischen Probleme, also durch eine nicht von Krisen unterbrochene Konjunkturkontinuität mit der wichtigen Folge der dauernden Vollbeschäftigung, die Betriebe sich auf eine optimale Größe einspielen werden, wie im Zeitalter der Feinmechanik und Elektronik wieder sehr viel kleine Betriebe entstehen werden. In dieser Linie muß man da weiterdenken. Die Voraussetzungen für diese Entwicklung bilden also grundsätzliche Lösungen im makroökonomischen Bereich, um die

wir uns im Rahmen des Seminars für freiheitliche Ordnung ja sehr intensiv bemühen.

**Heinz Peter Neumann:** Ich wollte nur ergänzend sagen, daß ich die Dinge ähnlich sehe wie Herr Vogel. Ich möchte darauf hinweisen, daß ja die praktische Entwicklung so ist, daß daraus auch die Theoretiker die große Hoffnung schöpfen, daß wir bereits aus dem Stadium der Wirtschaftsentfaltung bei uns in der westlich-abendländischen Welt herausgewachsen sind, in dem die Industrialisierung als solche der Wirtschaft das Gepräge gibt. Früher gaben die Agrarverhältnisse der Wirtschaft das Gepräge, weil die meisten Menschen in der Landwirtschaft arbeiteten. Dann kam die Industrialisierung und die Mehrzahl der Menschen wurden von der Industrialisierung erfaßt. Inzwischen wandelte sich aber unsere Wirtschaftsstruktur mit ziemlicher Beschleunigung so, daß der früher recht unbedeutende dritte Wirtschaftssektor, nämlich der Sektor der Dienstleistungen, immer mehr an Bedeutung gewinnt. Der Agrarsektor verliert an Bedeutung — die Beschäftigungszahl im Agrarsektor sinkt infolge der fortschreitenden Rationalisierung ab. Dasselbe gilt aber in geradezu explosivem Maße auch für den industriellen Sektor und der Dienstleistungssektor ergreift immer mehr Menschen, und daraus ergibt sich in der Tat vom Menschenbild her im rein makroökonomischen ein hoffnungsvoller Ausblick auf eine Vermenschlichung des Arbeitslebens wie des menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Denn im Dienstleistungssektor ist die Versklavung an die Maschine, an die Technik, die Unterordnung unter den Apparat, der ja auch der Unternehmer unterworfen ist, wie Herr Meier ausführte, weitgehend überwunden. Im übrigen aber neige ich weitgehend auch zu der Ansicht von Herrn Penserot, daß man nicht hoffen kann, daß in allen Bereichen des Arbeitslebens eine restlose Vermenschlichung der Arbeit möglich ist.

Ich glaube auch mit Herrn Penserot, daß auf diesen Sektoren — wobei ich jetzt nicht ins einzelne gehen will — die Lösung, d. h. die Erreichung der Vermenschlichung, nur liegen kann in der Verkürzung der Arbeitszeit, einhergehend mit einem Bildungswesen, das den Menschen befähigt, seine schöpferische Kraft in der Freizeit zu entfalten. So stellen sich mir die Dinge dar.

**Eckhard Behrens:** Darf ich hierzu ein kleines Beispiel erzählen, welches Herr Sembach (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft, Hilden) am Abendtisch brachte? Er ist auf der Suche nach einem Nachfolger für sich in seiner Firma. Er hat bei dieser Gelegenheit jemanden entdeckt, der ausgezeichnet Aufsätze für die Werkszeitschrift schreiben kann. Er stellte fest, daß das ein Arbeiter ist, der an irgend einer Maschine sitzt und eine Arbeit

tut, die wenig geistige Anstrengung erfordert. Er fragt ihn, ob er nicht die Werkszeitschrift übernehmen wolle, denn er könne doch ausgezeichnet schreiben. „Ich schreibe auch viel“, antwortete er, „aber was meinen Sie, wie das vor sich geht? Wenn ich abends nach Hause komme, setze ich mich hin und schreibe alles auf, was ich t a g s ü b e r während der Arbeit in der Fabrik, gedacht habe.“ Es gibt also immer noch Tätigkeiten, die die Aufmerksamkeit des Arbeiters nicht vollständig absorbieren — sie verschwinden jedoch im Zuge der Automatisierung der Industrie; der Dienstleistungsbereich läßt sich nicht in diesem Sinne automatisieren. Der industrielle Bereich, in dem das Problem Mensch und Technik am drängendsten ist, wird doch immer stärker durch die Automatisierung die reine Hilfsfunktion des Menschen gegenüber der Maschinen — daß der Mensch sozusagen die Maschine „bedient“ — überwinden. Die Dienstfunktion des Menschen gegenüber dem Apparat wird doch immer stärker verschwinden und durch die automatische Steuerung abgelöst werden und es wird derjenige, der mit Maschinen arbeitet, immer mehr eine Aufsichtsfunktion bekommen, die darin besteht, zu kontrollieren, daß alle Maschinen ordentlich laufen, ohne daß er ständig an einen einzelnen Apparat gebunden ist. Dazu kommt noch etwas anderes, auf das Herr Zellmer auch hingewiesen hat. Es funktioniert speziell in den Betrieben, von denen er sprach, im Maschinenbau. Es wird z. B. eine Maschine zusammenmontiert aus 20 000 oder mehr verschiedenen Teilen. Es wird dafür ein ganz exakter Zeitplan aufgestellt werden. Das erlebt der einzelne Arbeiter scheinbar zunächst nur so, daß da plötzlich bei ihm ein Maschinenteil ankommt mit der Anweisung: es ist so oder so zu bearbeiten! Es kam im Referat von Herrn Zellmer doch deutlich heraus, daß, wenn hier nicht eine gute Zusammenarbeit stattfindet zwischen den Führungskräften, die diesen Zeitplan aufgestellt haben und denjenigen, die nun jede einzelne Bearbeitung auszuführen haben, wenn diesen ausführenden Kräften von der Führungsstelle nicht klar gemacht worden ist, warum die einzelnen Teile zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt fertiggestellt werden müssen, daß also die Maschine niemals zustande kommen könnte, wenn da nicht eine ganz bestimmte Verfahrensbasis besteht. Es wird hier deutlich, daß die difficile Arbeit voraussetzt, daß der einzelne Arbeiter mit einem erheblichen persönlichen Einsatz an diese rein mechanischen Dinge herangehen und sehr pünktlich und genau arbeiten muß und daß das nur erreicht werden kann, wenn er sich als Persönlichkeit angesprochen fühlt und er das Bewußtsein hat, „das kann kein anderer, das kannst nur du — das Unternehmen ist auf dich angewiesen!“ Diese Umstände heben die Position des Arbeiters und die menschliche Beziehung im Betrieb in erheblichem Maße. Es ist immer weniger so, daß jeder einzelne Arbeiter wie eine Schraube auswechselbar wäre,

sondern es ist jeder an seinem Platz der unersetzbare Spezialist geworden. Er bekommt auf diese Weise eine feste persönliche Stellung. Diese Entwicklung stellt natürlich ganz neue Forderungen an das Bildungswesen, denn er braucht die Fähigkeit der Überschau und mancherlei sonstige Qualifikationen.

Heinz Peter Neumann: Ich glaube wir kommen zu einer Abrundung dieses ordnungspolitischen Aspektes — ich möchte aber doch noch etwas mir sehr wesentlich Erscheinendes aussprechen, was auf der Tagung zur Sprache kam (Herr Vogel hat ja vorhin das Richt- oder Leitbild sehr schön herausgestellt): Es geht um die Würde des Menschen, um die Autonomie der Persönlichkeit. Hier liegen unsere ordnungspolitischen Aufgaben, von denen wir den Maßstab für die Menschengemäßheit aller Sektoren des menschlichen Daseins entnehmen. Wir haben es hier mit dem Wirtschaftssektor zu tun und zu prüfen, ob die derzeitigen Institutionen der Wirtschaft diesem Kriterium der Menschengemäßheit entsprechen. In dieser Hinsicht scheint mir sehr wesentlich, was Herr Diplom-Volkswirt Bodo Steinmann gestern ausführte indem er klarmachte, daß die Menschengemäßheit im Wirtschaftssektor nur gewährleistet ist in einer freiheitlichen Ordnung, die gleichzusetzen ist mit einer Wettbewerbsordnung, und daß diese Wettbewerbsordnung allein die Autonomie der Persönlichkeit gewährleistet, während die zentrale Planung und Steuerung von oben dem mit absoluter Notwendigkeit nicht entspricht. Das Wesentliche an dem Vortrag von Herrn Steinmann war — und das ist etwas, was man bei den sonstigen Nationalökonomien nicht hört, es bedeutet wirklich einen großen Schritt vorwärts — daß Herr Steinmann sehr klar herausstellte, gerade von seiner konsequent ordnungspolitischen Durchdringung der Zusammenhänge aus: „Walter Eucken hat den Wettbewerb als die Grundlage der freiheitlichen Ordnung erkannt — aber dieses Wettbewerbsprinzip für sich macht Halt vor dem Lohnsystem. Der Wettbewerb sorgt an sich für eine Koordination der Wirtschaftsteilnehmer — das Lohnsystem dagegen ist ein Subordinationsverhältnis. Hier vermag das Wettbewerbsprinzip allein nicht auszureichen, sondern hier muß hinzutreten die Partnerschaft, diese besondere Art der Gestaltung des Miteinanderarbeitens in Betriebe, so daß auch hier die Koordination der Interessen erreicht werden kann. Es schien mir so wesentlich, das aus dem Munde eines Nationalökonomien zu hören, denn noch ist das traditionelle Denken der Nationalökonomien (wir wollen einmal die Vertreter der Planwirtschaft hier ausscheiden), der westlichen Nationalökonomien darauf beschränkt, daß das Wettbewerbsprinzip für sich allein ausreiche als tragendes Prinzip einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Und hier hörten wir nun aus dem Munde von Herrn Steinmann die Erkenntnis: Nein! — Hier im betrieblichen Bereich muß der Gedanke der Partnerschaft hinzutreten.

Fortsetzung folgt in Heft 33 „Fragen der Freiheit“

# Wo bleibt die Krise?

## Betrachtungen zur Wirtschaftslage

Mit der Beseitigung des Ungleichgewichtes in der Zahlungsbilanz durch die D-Markaufwertung und den das dann immer noch verbliebene Kosten- und Preisgefälle ausgleichenden allgemeinen Preisaufstieg ist im vergangenen Herbst eine Inflationsbewegung einigermaßen zum Stillstand gekommen, die sich über fast ein Jahrzehnt erstreckt hat und die vor allem außenwirtschaftlich, durch die Folgen des festen Wechselkurses, bestimmt war. Die Folge dieses Stillstandes der inflationären Entwicklung zeichnete sich dann aber zugleich als das Ende des langjährigen Wirtschaftsaufschwunges der Bundesrepublik ab. Die konjunkturelle Lage schien im Herbst des vergangenen Jahres so bedrohlich, daß sie uns Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen gab. Tatsächlich ist aber die Krise bislang ausgeblieben. Warum?

Eine allgemeine Wirtschaftskrise kann nur dann entstehen, wenn das Gleichgewicht zwischen der gesamtwirtschaftlichen effektiven Nachfrage einerseits und der gesamten Erzeugung andererseits gestört wird. Wenn alle überhaupt entstehenden Einkommen jeweils kurzfristig direkt oder indirekt, durch den Kreditapparat usw., wieder ausgegeben werden, dann läuft die Produktion auf vollen Touren weiter, dann kann keine Krise entstehen. Wenn aber ein Teil der Gelder einige Zeit hindurch nicht mehr zum Kaufe von Gütern, gleich welcher Art, ausge-

geben wird, dann stockt der Wirtschaftsablauf; die Krise ist da.

Warum das so ist, haben wir bei früherer Gelegenheit dargestellt. Hier sei daher nur zusammenfassend gesagt: der „Hang zum Sparen“ veranlaßt den Menschen, nur einen Teil seines Einkommens auszugeben. Das Erübrigte wird zu Sparkapital. Es wird nicht lediglich gehortet, sondern möglichst gewinnbringend, gegen Zinsen, ausgeglichen. Solange eine relative Knappheit an Kapital und an Gütern aller Art in einer Wirtschaft besteht, ist es ohne weiteres möglich, diesen Preis, den Zins, für das geliehene Kapital zu zahlen. Es liegt nun aber im Wesen der modernen Industriewirtschaft, daß die Kapitalbildung so rasch vonstatten geht, daß recht bald eine Art Kapitalsättigung eintritt. Mit zunehmendem Wettbewerb der Produzenten untereinander wird es immer riskanter, weitere Investitionen zu bestimmten Zinssätzen vorzunehmen. Ja man versucht schließlich sogar, bislang in Anspruch genommene Kredite wieder abzubauen. Die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ ist erreicht. Die Folge: Der Zinsfuß sinkt soweit ab, daß es schließlich auch für den Kapitalgeber uninteressant wird, Geld auszuliehen. Seinem ohnehin stets vorhandenen „Hang zur Liquidität“ folgend, beschränkt er sich nun aufs bloße Sparen; er wartet ab. Da ihm die Aufbewahrung des Geldes, als Guthaben bei einer Bank wie als

Bargeld fast keinerlei „Durchhaltekosten“ verursacht, ist ihm dies ohne weiteres möglich. Die Folge jedoch: Der Wirtschaftskreislauf wird gestört, ja schließlich unterbrochen. Es liegt also im Charakter unseres traditionellen Geldes als Dauergeld begründet, daß es sich seiner Aufgabe als Tauschmittel entziehen kann.

Werfen wir nun einen Blick zurück in den Herbst des vergangenen Jahres, so werden wir feststellen, daß fast genau diese Situation entstanden war. Der Exportüberschuß ist, als Folge der Aufwertung und der Kosten- und Preissteigerungen, immer kleiner geworden. Zusätzliche Zahlungen ins Ausland (Schuldenrückzahlung an die USA und Entwicklungshilfe) haben unsere Zahlungsbilanz, erstmals seit 1950 (!), sogar passiv werden lassen. Jetzt rächt sich die Feste-Wechselkurspolitik des Internationalen Währungsfonds in umgekehrter Weise: Hat sie uns bis zum Augenblick der Kaufkraftparität von Dollar und D-Mark Exportüberschüsse und damit Liquiditätszufluß über die Produktionskraft unserer Wirtschaft hinaus und folglich Inflation und damit aber auch wiederum starke Konjunkturimpulse gebracht, so geht nunmehr die Entwicklung den umgekehrten Weg: Die Importe wachsen an, der Export geht zurück, Liquidität fließt ab, die Aufträge werden weniger, die Selbstfinanzierung der Wirtschaft wird eingeengt, das Steueraufkommen kleiner. Und schließlich wird auch der Gesamteinkommensauftrieb nachlassen. Das heißt aber: nicht nur die Gewinne werden kleiner, auch die Arbeitnehmerinkommen werden davon nicht unberührt bleiben. Gewiß: Die Preissteigerungen werden nun endlich auch zum Stillstand kommen, aber mit der Stagnation wird dann auch bald die Krise vor der Tür stehen.

Nun, noch ist dieser Augenblick nicht eingetreten. Vor allem hat sich

mit der glücklichen Überwindung der Kuba-Krise, von Amerika ausgehend, ein verheißungsvoller Optimismus ausgebreitet. Des weiteren erwartet man von dem zur Zeit im Mittelpunkt der amerikanischen Konjunkturdiskussion stehenden Steuerreformplan Kennedy's weiteren Auftrieb. Schließlich haben sich auch in der Bundesrepublik zunächst noch die Zunahme des privaten Verbrauchs, als Folge der Lohn- und Gehaltserhöhungen, die verstärkten Rationalisierungsinvestitionen als Folge der Knappheit an Arbeitskräften, die Erwartung der Fortdauer der Übernachfrage auf dem Baumarkt und schließlich die steigenden Bundesausgaben stimulierend ausgewirkt und den Eintritt der Stagnation vorerst verhindert.

Daß in dieser konjunkturell prekären Situation der Rückschlag von Brüssel sich nicht eben günstig auswirken kann, liegt auf der Hand — wiewohl wir, was die grundsätzliche Seite der Sache betrifft, nicht unglücklich darüber zu sein brauchen, daß die EWG in ihrer bisherigen Form nun nicht durch die Aufnahme Großbritanniens erweitert werden wird. Ja, im Gegenteil, wir haben gerade deshalb jetzt sogar die Hoffnung, daß eine weniger staatlich-bürokratische, daß eine freiheitliche Form des Anschlusses Englands an das europäische Wirtschaftsgebiet zustande kommen wird, die auf die Dauer den wahren Interessen der Europäischen Völker wie der einzelnen Menschen viel eher gerecht zu werden vermag als eine Superbürokratie vorwiegend französischer Provenienz.

Dennoch sprechen übereinstimmend alle konjunkturpolitischen Nachrichten von dem Ernst der augenblicklichen Situation, wobei man wiederum die allerneueste Lage in den USA für nicht unbedenklich hält. Der Kuba-Optimismus ist bereits wieder abgeklungen, der harte Winter hat zusätzlich Arbeitslosig-

keit gebracht, das Steuerreformprogramm wird als ungenügend bezeichnet, die Investitionsneigung ist wieder abgeklungen und in der Bundesrepublik macht sich — trotz aller Zukunfterwartung — der fast vollkommene Ausfall des Baumarktes lähmend bemerkbar.

Hinzu kommt das enge Geldvolumen. Fast eine Milliarde Mark Zahlungsbilanzdefizit der Bundesrepublik! Gewiß, die Wirtschaft konnte sich zunächst selbst helfen: in dem Maße, in dem der Liquiditätszugang — als Folge der Zahlungsbilanzüberschüsse — aufgehört hat, sucht sie sich die erforderlichen Zahlungsmittel durch vermehrte Einreichung von Handelswechseln selbst zu beschaffen. Und tatsächlich hielt die Bundesbank zum Jahresende 1962 rund 800 Millionen D-Mark mehr Handelswechsel im Besitz als im Jahre zuvor. Damit tritt die Politik der Bundesbank erstmals wieder nach langen Jahren der zwangsweisen relativen Passivität — in denen sie dank ihrer Mitgliedschaft zum Internationalen Währungsabkommen den Geldzufluß als Folge der festen Wechselkurse hinnehmen mußte und nur mittels der Mindestreservpolitik einen schwachen (und in der Praxis die binnen-deutsche Wirtschaft nur schädigenden) Einfluß ausüben konnte — in das Rampenlicht des öffentlichen Interesses. Wir dürfen gespannt darauf sein, wie sie nun das bundesdeutsche Wirtschaftsschiff zwischen der Scylla der Inflation und der Charybdis der Deflation hierdurchsteuern wird. Ob man in Frankfurt noch weiß, daß schon die Circe einst den Odysseus lehrte, daß es unmöglich ist, ungeschoren haargenau in der Mitte zwischen Scylla und Charybdis hindurchzukommen, und daß es daher richtiger ist, den Weg des kleineren Übels zu wählen, als

sich dem Untergang durch das größere Übel auszusetzen? und daß — wenn man sich schon nicht zu einer grundsätzlichen Währungsreform mit radikaler Abkehr von der Goldwährung, mit Umlaufsicherung des Geldes und flexiblen Wechselkursen entschließt — die schleichende Inflation (und damit aber wenigstens die 100<sup>0</sup>ige Vollbeschäftigung) auf jeden Fall das kleinere Übel ist?

Fritz Penserot

„Anachronismen als solche zu erkennen, ist auf dem Währungsgebiete — wegen der besonders fest eingefahrenen Denkgewohnheiten — schwieriger als anderswo. Mit der Zeit setzt sich jedoch die Wahrheit auch hier durch. Aber im Augenblick ist der Goldmythos — die Überzeugung von der Unentbehrlichkeit des Goldes — auch bei den Leitern der Zentralbanken noch zu stark, als daß einer der obigen Vorschläge (radikale „Entthronung des Goldes“ im Sinne von Keynes) sofort angenommen werden würde. Dem falschen Gott der Goldpreisstabilität werden zunächst noch weitere Opfer gebracht werden. Einem in der Goldtradition Befangenen fällt es eben noch zu schwer, zu verstehen, daß das Gold monetär nicht nur vollständig überflüssig, sondern geradezu schädlich ist. Deshalb wird man sich wohl nach Zwischenlösungen umzusehen haben, die es ermöglichen, dem Gott der Goldpreisstabilität zu dienen, ohne daß dies zu große Opfer an Geld — und Nerven — kostet.“

L. Albert Hahn

(aus „Zwangsvorstellungen vom Gold“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. Febr. 1963)

## Die politische Gemeinschaftskunde

Fortsetzung des mit der Folge 29 der Schriftenreihe FRAGEN DER FREIHEIT mit einem Beitrag von Rüdiger Frank, Mitarbeiter des Walter-Eucken-Institutes in Freiburg/Breisgau eingeleiteten und mit Folge 30 begonnenen Abdruckes einer Unterrichtsskizze aus dem Fach der Politischen Gemeinschaftskunde in der Berufsschule.

Das hier dargebotene Beispiel ist das Ergebnis des in ausführlichem Unterrichtsgespräch erarbeiteten Stoffes, der in Gestalt von lehrsatzartigen Formulierungen in den Schülerheften seinen Niederschlag findet. Diese Skizze läßt der Ausgestaltung nach allen Seiten hin den weitesten Spielraum offen. — Es handelt sich also noch nicht um den „Leitfaden“ für die Hand des Lehrers — der später folgen soll. —

Übersicht über die in dem Unterrichtsfach der Gemeinschaftskunde aufeinanderfolgenden Themen:

Die Situation des heutigen jungen Menschen nach der Volksschulentlassung — Das Unterrichtsziel — Das Menschenbild — Der Mensch als Gemeinschaftswesen — Die Bereiche des sozialen Lebens: Staat, Wirtschaft, Kultur. DER STAAT — Das Grundgesetz — Verfassungsrecht und demokratisches Recht — Das demokratische Recht: Die vorbeugenden (Polizei-) Gesetze, die ordnenden, bürgerlichen (Zivil-) Gesetze, die sühnenden (Kriminal-) Gesetze. — Die Gewaltenteilung. — Der Aufbau des Staates und die Funktionen der staatlichen Einrichtungen — Die Verwaltung — Demokratie und Diktatur. — DIE WIRTSCHAFT — Die Arbeitstellung — Das Tauschmittel Geld — Produktion, Zirkulation, Konsumtion — Inflation, Deflation, Vollbeschäftigung (Konjunkturlehre) — Die Lenkung der Konjunktur — Die gerechte Verteilung des Sozialproduktes — Die Soziale Marktwirtschaft — Die Sozialversicherungen. — DIE KULTUR — Die Bereiche der Kultur: Wissenschaft, Kunst, Religion — Die Freiheit der Persönlichkeit im Geistesleben — Die Wissenschaften — Die Künste. — Die freiheitliche Ordnung — Die Entwicklung der Sozialordnung in der Geschichte — 3000 bis 700 v. Chr.: „Der Gottesstaat“ — Griechenland und Rom — Die Neuzeit — Die französische Revolution und ihre Wirkungen — Das Atomzeitalter — Das Ost-West-Problem — Die Abendländische Ordnung.

---

\*\*\*) Es sei hier noch verwiesen auf die Schrift „Beitrag zur Methodik einer neuen Bürgerkunde“ von Berufsschuldirektor Walter Krefting, Wuppertal.

# DIE WIRTSCHAFT

## Von der Arbeitsteilung

*„Die Welt schuldet uns nicht den Lebensunterhalt,  
sondern wir schulden einander den Lebensunterhalt“*

Henry Ford 1863—1950  
aus „Philosophie der Arbeit“

Die Wirtschaft hat vornehmlich die Aufgabe, die Dinge zu beschaffen, die unser KÖRPER zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht, das ist:

### NAHRUNG — KLEIDUNG — WOHNUNG.

Der in der Wirtschaft tätige Mensch erzeugt diese Dinge, indem er der Natur Stoffe entnimmt (z. B. Holz, Steine, Getreide usw.) und sie so umwandelt, daß sie zur Befriedigung seiner Bedürfnisse geeignet werden. —

Das Wort *Wirtschaft* kommt von *Werteschaffen*, das heißt es ist das Gebiet, wo der Mensch Werte schafft. Ein wirtschaftlicher WERT läßt sich bestimmen aus:

ANGEBOT	und	NACHFRAGE
Herstellung, Produktion		Kauf, Verbrauch, Konsumtion

Die Wirtschaft ist dann gesund und menschenwürdig, wenn sie dem Einzelmenschen gewährleistet, frei von materieller Not leben zu können, denn das ist die Voraussetzung dafür, daß er sein geistig-seelisches Wesen und damit sein eigentliches Menschsein voll entwickeln und entfalten kann.

Die von und für den Menschen bearbeiteten und umgewandelten Naturstoffe nennt man

### GÜTER oder WAREN.

Es gab eine Zeit, in der jeder alle Dinge für seinen Bedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung selbst herstellen mußte:

Seine Kleider, seine Schuhe, sein Brot, seine Wohnung usw. Dabei mußte der Einzelne von früh bis spät sehr schwer arbeiten und trotzdem waren die hergestellten Gegenstände, Werkzeuge und Geräte sehr primitiv — der „Lohn“ für seine Arbeit war verschwindend klein und gering (von einem freien Spielraum, der es dem Menschen erst ermöglicht, sein geistig-seelisches Wesen zu betätigen und zu entwickeln, ganz zu schweigen). Auch solche Verhältnisse sind menschenunwürdig, wie sie zum Beispiel in der Zeit der Kinderarbeit (ca. 1750—1850) herrschten, wo man Kinder in Bergwerken für ganz geringen Lohn schwer arbeiten ließ, während die Väter arbeitslos zu Hause waren.

Ein Beispiel möge die fruchtbare Wirkung der

### ARBEITSTEILUNG

veranschaulichen, mit der es möglich wurde, den Menschen von der niederdrückenden Versklavung durch die Existenz-Not zu befreien.

Fritz, der zuerst alles, auch seine Kleider und Schuhe allein herstellen mußte, brauchte z. B.

für 1 Kleid = 10 Stunden

für 1 Paar Schuhe = 10 Stunden = 20 Stunden

Hans sein Nachbar brauchte die gleiche Zeit

für 1 Kleid = 10 Stunden

für 1 Paar Schuhe = 10 Stunden = 20 Stunden

Fritz merkte eines Tages, daß er schneller Kleider machen konnte und brauchte nur noch

für 1 Kleid = 7 Stunden

für ein Paar Schuhe = 10 Stunden = 17 Stunden

und Hans war geschickter beim Schuhemachen und brauchte nur noch

für 1 Paar Schuhe = 7 Stunden

für 1 Kleid = 10 Stunden = 17 Stunden

Als die beiden Nachbarn diesen Vorteil erkannten, machte Fritz künftig nur noch Kleider:

2 Kleider à 7 Stunden = 14 Stunden

und Hans nur noch Schuhe:

2 Paar Schuhe à 7 Stunden = 14 Stunden.

So sparten sie also zusammen zweimal 6 Stunden = 12 Stunden Arbeitszeit, in der sie auf Vorrat arbeiten konnten zum Verkauf, um damit weitere Bedürfnisse befriedigen zu können — oder sie gewannen diese Stunden als Freizeit für sich.

So entstand die Arbeitsteilung und jeder bekam oder fand seinen Beruf, wozu er sich befähigt und berufen fühlte.

\*

## URSPRUNG DER GERÄTE

von Thilo Scheller

*Zu Anfang war die Hand —  
Sie grub, sie jagte, streichelte und schlug,  
sie wühlte wilde Wurzeln aus dem Sand,  
sie war die Schale, die dem Munde Wasser trug,  
sie drohte herrisch über See und Land. —  
Da schlug ein Gottesfunke in ein Menschenhirn, —  
aus irgend einer Ferne hergeweht —  
und hinter steilen Falten einer starken Stirn  
verwandeln sich die Hände zum Gerät:  
Und aus der nackten Hand ward Zug um Zug  
Axt, Spaten, Schale, Schwert und Pflug — — —*

*Der Hand blieb Eid und Liebe und Gebet!*

## Um sich nun die Arbeit noch weiter zu erleichtern . .

und noch mehr Zeit zu gewinnen, teilte sich

### DER GEIST mit DER HAND

in die Arbeit, indem die Menschen zeit- und arbeitssparende Geräte und Maschinen erfanden und entwickelten — und so wurden sie immer mehr von der versklavenden Handarbeit befreit (z. B. durch das Spinnrad, den Webstuhl, die Töpferscheibe, die Mühle, das Wasser- und Windrad, die Dampfmaschine, den Elektromotor, die Atomkraft usw.).

Die Arbeitsteilung bewirkt, daß jeder Mensch, besonders mit Hilfe der heutigen Technik, viel mehr Güter herstellen kann als er selbst braucht, und daß alle Menschen dadurch reicher werden und mehr Freizeit gewinnen — kurz, daß der

### LEBENSSTANDARD

#### das Gesamt-Arbeitseinkommen

steigt. Seit 1938 ist der Lebensstandard z. B. um mehr als die Hälfte gestiegen.

In der arbeitsteiligen Wirtschaft stellt also jeder Mensch ein Produkt her, oder er tut nur eine Arbeit oder sogar nur einen kleinen Teil einer Arbeit (Fließbandarbeit).

Man nennt diesen Vorgang  
Gütererzeugung oder Produktion.

## BEDEUTENDE ERFINDER

„Es gibt viel Gewaltiges unter der Sonne,  
doch das Gewaltigste ist der Mensch!“

Sophokles 496—406 v. Chr. aus „Antigone“

Die fortschreitenden technischen Erfindungen sind Ergebnisse und Wirkungen der Arbeitsteilung. Der GEIST nimmt — durch seine Erfindertätigkeit — dem Menschen einen wesentlichen Teil seiner körperlichen Arbeit ab.

James Watt	1736—1819	erfand die Dampfmaschine
Robert Fulton	1765—1815	erfand das Dampfschiff
Georg Stephanson	1781—1848	erfand die Lokomotive
Karl Benz	1844—1922	erfand den Benzinmotor
Gebrüder Wright	1867—1912	erfanden das Motorflugzeug
	1871—1948	
Benjamin Franklin	1706—1796	erfand den Blitzableiter
Thomas Edison	1847—1931	erfand die Glühbirne und das Grammophon u. v. a. m.
Wilhelm Röntgen	1845—1923	erfand die Röntgenstrahlen
Philipp Reis	1834—1874	erfand das Telephon
Guglielmo Marconi	1874—1937	erfand die drahtlose Telegraphie
Johannes Gutenberg	1397—1468	erfand die Buchdruckerkunst, Mainz
Louis Daguerre	1789—1831	erfand die Photographie
Justus Liebig	1803—1873	erfand den Kunstdünger
Werner v. Siemens	1816—1892	erfand die Dynamo-Maschine und den Elektromotor
Nikolaus August Otto	1832—1891	erfand den Gasmotor
Rudolf Diesel	1858—1913	erfand den Dieselmotor

und viele andere mehr ...

\*

## Das Tauschmittel Geld

„Das Geld dient dazu, es auszugeben“

Thomas von Aquin, 1225—1274

Während der Mensch in der arbeitsteiligen Wirtschaft nur ein oder nur wenige Produkte herstellt, hat er Bedarf nach unendlich vielen Erzeugnissen, die zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, das heißt, die seinem Verbrauch dienen. Den Verbrauch nennt man kurz

KONSUMTION.

Um in den Besitz dieser vielerlei Güter, Erzeugnisse, zu gelangen, muß er sie eintauschen gegen das, was er selbst erzeugt.

Es war bei diesem Tauschhandel nötig, denjenigen zu finden, der das hatte, was man selbst brauchte und der auch das brauchte, was man selbst anbot.

Um die Erzeugnisse der anderen zu kaufen, benutzte man früher als Tauschmittel (Geld) z. B. das Vieh. (Das hatte dazu den „Vorteil“, daß man davon noch junge Tiere bekommen konnte und daß außerdem dabei noch ein guter Braten heraussprang). Deshalb spricht man heute noch, wenn man die Geldverhältnisse eines Menschen meint, von pecuniären Verhältnissen (lateinisch pecus = Vieh). Damit nun jedermann zu den vielen einzelnen produzierten Gütern jederzeit Zugang hat und sie kaufen kann, benutzt man heute als Tauschmittel

das GELD,

nun aber in der Form von praktischen Papierzetteln, auf denen eine Zahl steht, z. B. 10, 20, 50, 100 DM usw. (Mark kommt von „Markieren“, das heißt „Zeichnen“).

\*

## **Produktion, Zirkulation, Konsumtion**

Sobald die in der Produktion entstandenen Güter verkauft werden, nennt man sie

WAREN

und den Bereich, in dem sich der Kauf vollzieht, nennt man

MARKT.

Den Weg von der

PRODUKTION zur KONSUMTION

nennt man:

ZIRKULATION  
mittels des Geldes

PRODUKTION — ZIRKULATION — KONSUMTION

sind also

die drei Bereiche der Wirtschaft.

Durch den Markt, mittels des Tauschmittels Geld, kann sich jede Ware in jede beliebige andere Ware verwandeln. Der Markt ist also der Zaubertopf, in den jeder sein Produkt hineingeben kann und aus dem er das nach seinen Wünschen und Bedürfnissen umgewandelte Produkt wieder herausnehmen kann. Werden Produktion und Kon-

sumtion durch das in der Wirtschaft zirkulierende Geld im Gleichgewicht gehalten, dann sagt man:

„Es herrscht gute Konjunktur“.

Dann steigt der Wohlstand beständig, wie wir es in der Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 ununterbrochen erleben.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT heißt die Wirtschaftsform in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wird seit 1948 — seit der Währungsreform — von unserem BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER Professor Dr. Ludwig Erhard praktiziert.

Diese Wirtschaftsform hat den Charakter eines Tischlein-deck-dich. Denn alle nur erdenkbaren Wünsche werden erfüllt, wenn man nur eine Ware erzeugt, eine Arbeit leistet oder eine Leistung vollbringt, nach der die anderen Bedürfnis haben und etwas dafür hergeben. Bei jedem Kauf und Verkauf gewinnt sowohl der Käufer wie der Verkäufer: Dem Bäcker sind z. B. meine 15 Pfennig mehr wert, als seine Brötchen, die morgen schon trocken sind — und mir das Brötchen lieber und mehr wert, weil ich damit meinen Hunger stillen kann.

\*

#### BESINNLICHES

von Johann Gottlieb Fichte

*Der Mensch soll arbeiten! —  
aber nicht wie ein Lasttier,  
das unter seiner Bürde  
in den Schlaf sinkt  
und nach der notdürftigsten  
Erholung der erschöpften Kraft  
zum Tragen derselben Bürde  
wieder aufgestört wird.  
Er soll angstlos mit Lust  
und Freudigkeit arbeiten  
und Zeit übrig behalten,  
seinen Geist und sein Auge  
zum Himmel zu erheben,  
zu dessen Anblick er  
gebildet worden ist.*

\* \* \*

# Inflation - Deflation - Vollbeschäftigung

## DIE KONJUNKTURLEHRE

„Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit“

P. J. Proudhon, französischer Politiker  
und Philosoph 1809—1865

Die Gegenseitigkeit ist das Geheimnis der Sozialen Marktwirtschaft, wie die Wirtschaftsordnung in unserem demokratischen Staate heißt. Sie wird zum erstenmal in der Geschichte und auf der Welt durchgeführt. Durch sie wird dafür gesorgt, daß die Menschen für ihre Arbeit den gerechten Lohn erhalten, d. h. daß in Zukunft weder INFLATION noch DEFLATION entstehen kann, durch die die Menschen früher so oft betrogen und ins Unglück gestürzt wurden.

Heute dagegen spricht man in der ganzen Welt vom

### DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSWUNDER.

Der Wirtschaftsminister wehrt sich jedoch gegen den Ausdruck „Wunder“. Er sagt, die „Soziale Marktwirtschaft“ ist nicht mehr und nicht weniger als die Verwirklichung der Idee einer der Demokratie gemäßen, systemgerechten Wirtschaftsordnung. In der Sozialen Marktwirtschaft wird der gerechte Gleichgewichtszustand herbeigeführt, durch den jeder soviel bekommt, wie er vorher gegeben hat (Zaubertopf). Das Zaubermittel hierfür ist das Geld, das Zirkulationsmittel, das aber seinen festen Wert behalten muß (stabiler Geldwert), genau wie die anderen Maßstäbe, wie Metermaß, Litermaß, usw.

In der Wirtschaftsform, wie sie früher herrschte, beuteten die Geldinhaber die Arbeiter aus. Das führte zur Deflation.

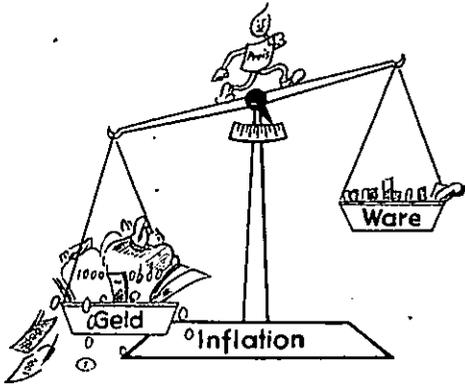
Im marxistischen Sozialismus (diktatorischer Staat mit Planwirtschaft) beutet der Staat selbst — das heißt der Diktator und seine staatlichen Mitarbeiter — alle arbeitenden Menschen aus. Sie bekommen für ihre Arbeit nicht den Lohn, den sie verdient haben, sondern nur soviel, wie der Diktator vorschreibt. — Dies führt zum Mangel an Waren, zum Bezugssystem — zur Inflation. Diese beiden Wirtschaftsformen bedeuten Not und Armut.

Wohlstand entsteht nur durch die freie Wirtschaft, wie sie die Soziale Marktwirtschaft darstellt, die den oben erwähnten Gleichgewichtszustand herbeiführt.

\*

# Die Konjunkturwaage

Die Preise steigen!



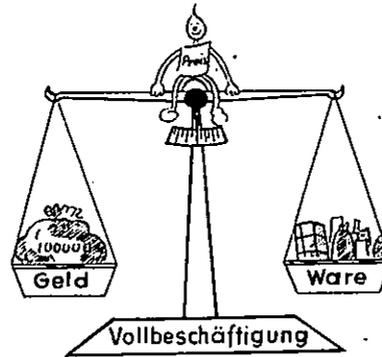
**Armut an Ware!**

schädigt:

Verbrauch — Konsumtion

Arbeitnehmer, Schuldner, Käufer

Die Preise bleiben konstant!

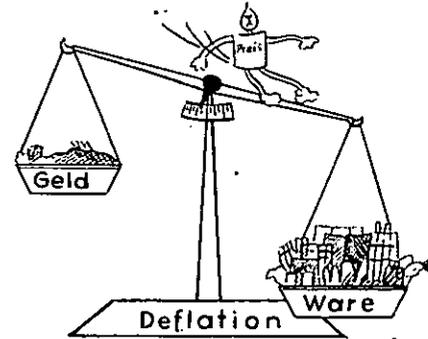


**Gesunde Wirtschaft,  
Wohlstand für Alle!**

Warenmenge und Geldmenge

halten sich die Waage

Die Preise fallen!



**Armut an Geld!**

schädigt:

Erzeugung — Produktion

Arbeitgeber, Gläubiger, Verkäufer

## Die gesunde Wirtschaft

Erläuterung zu der Skizze „Die Konjunkturwaage“

Die mittlere Waage zeigt uns, wie die gesunde Wirtschaft funktioniert. Die Ware und das umlaufende Geld befinden sich im Gleichgewicht, das heißt die GESAMTNACHFRAGE, also der Verbrauch der Güter durch die Käufer wird im Gleichgewicht gehalten mit dem GESAMTANGEBOT, also, mit der Erzeugung der Waren.

Alle Waren, die erzeugt werden, werden auch gekauft.

Die SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT wird also seit 1948 in der westdeutschen Bundesrepublik mit größtem Erfolg durchgeführt. Das Zeichen dafür ist die seit diesem Zeitpunkt andauernde, stete Vollbeschäftigung. Dafür sind die Arbeitseinkommen (seit 1938) um ca. 50 Prozent gestiegen. Zugleich sinkt die Arbeitszeit, die heute 45 Stunden in der Woche beträgt, die aber noch vor 100 Jahren ca. 84 Stunden betrug.

Linke Waage: Kommt mehr Geld in Umlauf als Waren erzeugt werden, dann wird die Geldseite schwerer, es tritt INFLATION ein. Die Menschen haben zwar ein volles Portemonnaie, bekommen aber nichts für ihr Geld, wie unsere Großeltern und Eltern es nach den Kriegen 1914/18 und 1938/45 erlebt haben mit all der daraus entstandenen großen Not und Armut.

Rechte Waage: Wenn weniger Geld im Umlauf ist als Waren erzeugt werden, dann bekommt die Wareseite das Übergewicht und es tritt DEFLATION ein. In der Deflation haben die Menschen wenig Geld; sie stehen vor gefüllten Schaufenstern, können sich aber nichts kaufen und befinden sich ebenfalls in großer Armut. Die Unternehmer und Geschäftsleute machen bankrott und die Arbeiter werden erwerbslos.

### INFLATIONSAZAHLEN

mit denen man während der Inflation 1923 rechnen mußte.

1 Million  $1000 \times 1000 = 1\,000\,000$

1 Milliarde  $1000 \times 1\,000\,000 = 1\,000\,000\,000$

1 Billion  $1000 \times 1\,000\,000\,000 = 1\,000\,000\,000\,000$

1 Billiarde  $1000 \times 1\,000\,000\,000\,000 = 1\,000\,000\,000\,000\,000$

1 Trillion  $1000 \times 1\,000\,000\,000\,000\,000 = 1\,000\,000\,000\,000\,000\,000$

1923, nach dem ersten Weltkrieg, hatte die deutsche Regierung eine Billion mal soviel Geld gedruckt, wie 1914 vorhanden war. 1945 (zweiter Weltkrieg) hatte Hitler das Geld verhundertfacht. Am 20. Juni 1948 wurde dem Geld wieder ein stabiler Wert verliehen (Währungsreform).

In West-Berlin dagegen gibt es heute noch für eine Westmark vier Ostmark.

## Bericht aus der Inflation von 1923 \*)

Nachdem das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung zurückgekehrt war, wagte sich das Geld, das sich bei Kriegsende versteckt hatte, wieder hervor. Es begann, den Waren nachzurrennen und die Preise unaufhaltsam in die Höhe zu treiben. Was aber tat Herr Havenstein (Reichsbankpräsident) in diesem Augenblicke? Er feuerte den bereits umlaufenden Milliarden Banknoten, die kaufend auf dem Markte auftraten, weitere Milliarden nach. In immer größerer Hast kletterten die Preise empor. Und in immer größerer Hast ließ der unseelige Mann in der Reichsbank Noten drucken. Ende Dezember 1922 betrug der Notenstand der Reichsbank bereits 1,3 Billionen Mark, Ende Juni 1923 war er auf 17,3 Billionen angestiegen, Mitte November erreichte er 32,8 Trillionen, um Ende des Jahres die schwindelhafte Höhe von 496,5 Trillionen zu erreichen!

In ihrem Jahresbericht schilderte die Reichsbank mit kaum mehr zu überbietendem Zynismus ihre Schwierigkeiten: „Für die Anfertigung neuer Banknoten sind 32,8 Trillionen Mark in Ausgabe gestellt. Die technische Bewältigung der Versorgung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln stellte im Berichtsjahr nie zuvor erlebte Anforderungen an die Bank. Außer der Reichsdruckerei arbeiteten 84 Druckereien unmittelbar, 48 weitere mittelbar für den Notendruck. Über 30 Papierfabriken waren in Vollbetrieb für Papierbeschaffung tätig. Gedruckt waren rund 10 Milliarden Geldzeichen im Nennbetrag von 3877 Trillionen Mark. 29 galvanoplastische Anstalten lieferten dazu 400 000 Druckplatten. Die Hauptschwierigkeit bei der Neubeschaffung bestand in der schnellen Umstellung der Druckpressen und der Papierfabriken, die durch die sich überstürzende Entwertung der umlaufenden Noten und ihre immer wiederholte Ergänzung durch Abschnitte höherer Nennwertziffern notwendig wurde. Während die Industrieriesen für Löhnungszwecke noch kleine Abschnitte benötigten, wurden in Handelsgegenden bereits große Stücke gefordert; so mußten zeitweise kleinste und größte Abschnitte nebeneinander gedruckt werden. Die Herstellung wurde auf immer leichtere Druckmuster eingestellt, um möglichst schnell große Massen emittieren zu können. Wo die Sicherung gegen Fälschung nicht in den Druck gelegt werden konnte, wurden nur Feinpapiere mit lokalisiertem Wasserzeichen und Stoffauflage verwandt.

Derweil seine Erzellenz sich darüber Sorgen macht, daß jemand auf die irrstinnige Idee kommen könnte, seine wertlosen farbigen Papierchen nachzuahmen, rast das Fieber der Inflation durch den deutschen Wirtschaftskörper und bringt ihn schließlich zum völligen Erlahmen. Nicht mehr von Monat zu Monat, nicht mehr von Woche zu Woche, nicht mehr von Tag zu Tag steigen die Preise, sie steigen von Stunde zu Stunde. Wenn die Arbeiter ihren Zahltag erhalten in Form eines Paketes Banknoten — sie sind jetzt alle Multimillionäre — dann versäumen sie nicht eine Minute mit Nachzählen. Sie rasen zum nächsten Laden, um rasch, rasch dieses sich entwertende Geld loszuwerden und etwas Greifbares dafür in Händen zu halten. Aber bald genug merken die Ladeninhaber, daß es sinnlos ist, die Ware zu verkaufen. Denn wenn sie neue beschaffen wollen, sind die Preise bereits derart gestiegen, daß sie sie nicht wieder erstehen können. Viel besser, man läßt den Rolladen herunter und wartet. Man wird ja auf diese Weise mühe los reicher, die Preise steigen und stetgen. Aber was der Ladenbesitzer merkt, merkt auch der Unternehmer.

Die Fabrikstore werden nicht mehr geöffnet. Die Arbeitslosigkeit setzt wieder ein . . .

„. . . Die Währungszerrüttung hatte wahrhaft verhängnisvolle Folgen. Sie lähmte Handel und Verkehr und führte die gesamte Wirtschaft dem völligen Ruin entgegen.“

Bericht über die Deflation aus „Soll und Haben“ von Gustav Freytag auf Seite 63.

\*) Aus: Werner Schmid, Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern.



Fortsetzung folgt Heft 33 „Fragen der Freiheit“

## Bericht

über die 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur

vom 3. bis 6. Januar 1963 in Boll bei Göppingen (Württemberg)

Die diesjährige Wintertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung befaßte sich wie immer mit einem besonderen Problemkreis aus dem weiten Bereich der freiheitlichen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens. Unter dem Thema „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart“ wurden für drei Tage bei wechselnder Beteiligung etwa 100 Tagungsteilnehmer in der Schule für künstlerische Therapie und Massage in Boll bei Göppingen zusammengeführt.

Die Tagung begann am Donnerstag, dem 3. Januar 1963, um 16.30 Uhr. Zunächst richtete der Gastgeber und Hausherr, Herr Dr. Hauschka, sehr herzliche Worte der Begrüßung an die Teilnehmer. Er führte in die besonderen Aufgaben seiner Schule ein, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die künstlerisch gestaltenden Fähigkeiten des Menschen in den Dienst seiner Heilung zu stellen. Herr Dr. Hauschka verstand es auch, durch eine Einführung in die Umgebung von Boll etwas von der besonderen historischen geistigen Tradition dieses Raumes lebendig werden zu lassen.

Das Eröffnungsreferat von Dr. Heinz Hartmut Vogel über „Das Ar-

beitsverhältnis als betrieblich - ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem“\*) mußte leider verlesen werden, da Herr Dr. Vogel wegen einer Erkrankung zu unserem großen Bedauern nicht unter uns weilen konnte.

Am Abend folgte der Vortrag von Nationalrat Werner Schmid, Zürich, über Partnerschaft und Wirtschaftsordnung“.

Herr Schmid machte in der Person von Ernst Abbe, des Mitbegründers der Zeiss-Werke in Jena, das Bild eines Pioniers des Partnerschaftsgedanken lebendig. Ernst Abbe war nicht nur ein großer Wissenschaftler, sondern auch ein seiner Zeit weit vorseilender Sozialpolitiker. Die Gedanken, mit denen er die Carl-Zeiss-Stiftung begründete, sind noch heute vorbildlich in ihrer Anerkennung des arbeitenden Menschen als einer Persönlichkeit und in ihrem Bemühen, dem Arbeiter eine Stellung im Betriebe zu verschaffen, die ihn am Erfolg seiner Tätigkeit unmittelbar teilhaben läßt. Ernst Abbe erkannte aber auch sehr klar, daß im Rahmen der herrschenden Wirtschaftsordnung die Möglichkeiten des einzelnen Unternehmers, seinen Arbeitern ein menschenwürdiges Mitarbeiterverhältnis zu schaf-

\*) Da der Vortrag von Dr. Heinz Hartmut Vogel in dieser Folge „Fragen der Freiheit“ abgedruckt ist, kann die Berücksichtigung in diesem Bericht wegfallen.

fen, eng begrenzt sind. Die Grund-  
übel der kapitalistischen Wirt-  
schaftsordnung erkannte er — auch  
auf diesem Gebiet ein Pionier — in  
dem erpresserischen Privatboden-  
recht und in der Zinswirtschaft. An  
einem einfachen Rechenbeispiel  
führt Abbe vor Augen, daß die Zins-  
wirtschaft mit ihrer Zinseszinsrech-  
nung für längere Dauer eine rech-  
nerische Unmöglichkeit darstellt. Er  
geißelt den ausbeuterischen Charak-  
ter der Zinswirtschaft und kommt  
zu dem Ergebnis, daß die Ausmer-  
zung der Zinswirtschaft Voraussetzung  
für eine funktionierende Wirt-  
schaftsordnung ist. Einem Zeitgenos-  
sen Abbes, Silvio Gesell, war es vor-  
behalten, die Wege aufzuzeigen, auf  
denen dies geschehen kann. Der eng-  
lische Nationalökonom John May-  
nard Keynes hat diese Erkennt-  
nisse dann zur Grundlage seiner  
Lehre gemacht.

Herr Schmid legte klar, daß die  
volle Verwirklichung einer freiheit-  
lichen Wirtschaftsordnung heutzutage  
nicht mehr eine Frage der Er-  
kenntnis, sondern eine Frage des  
Wollens ist. Die Freiheitlichkeit im  
wirtschaftlichen Bereich werde nur  
gewährleistet von der Wettbewerbs-  
ordnung mit Leistungseinkommen,  
freier Arbeitsplatzwahl, kurz mit  
Produktions- und Konsumtionsfrei-  
heit. Tragende Grundlage einer sol-  
chen Ordnung müsse eine Währung  
mit stabilem Geldwert sein. Diese  
werde gewährleistet durch umlauf-  
gesicherte Indexwährung und fle-  
xible Wechselkurse. Der sich immer  
mehr ausprägende moderne Feuda-  
lismus auf dem Gebiete des Grund  
und Bodens müsse durch ein system-  
gerechtes Bodenrecht überwunden  
werden. Eine entsprechende Gesetz-  
gebung müsse dafür sorgen, daß die  
Grundrente für die soziale Gemein-  
schaft heimgeholt werde. Auf der  
Grundlage einer solchen Wirt-  
schaftsordnung schwinde der Ka-  
pitalertrag zugunsten des Arbeitser-  
trages. Die alte sozialistische Forde-  
rung nach Verwirklichung des

Rechts auf den vollen Arbeitsertrag  
werde erfüllt. Der schaffende  
Mensch komme in immer größerem  
Umfang zu eigenem Einkommen,  
das ihn wirtschaftlich unabhängig  
macht. Über dieses Einkommen  
könne er frei verfügen. Je mehr Er-  
sparnisse von dem schaffenden Men-  
schen in der Wirtschaft investiert  
würden, desto mehr würde auch die  
andere sozialistische Forderung nach  
Überführung der Produktionsmittel  
in die Hände der schaffenden Men-  
schen Wirklichkeit werden, aller-  
dings ohne staatliche Enteignungs-  
maßnahmen, sondern aus der Eigen-  
engesetzlichkeit der freien Wirt-  
schaft heraus. Auf diese Weise  
werde der Kapitalismus unter Bei-  
behalt des marktwirtschaftlichen  
Wettbewerbs überwunden. Alsdann  
herrschten in der wirtschaftlichen  
Gesamtordnung Zustände, die allein  
den Boden dafür darstellen, daß die  
betriebliche Partnerschaft nicht nur  
das Werk einiger weniger besonders  
idealistischer Unternehmer bleibe,  
sondern sich mit innerer Dynamik  
als integraler Bestandteil einer frei-  
heitlichen Gesamtordnung univer-  
selle durchsetze.

Am Freitag, dem 4. Januar 1963,  
konnten wir zu unserer besonderen  
Freude als Teilnehmer auch Herrn  
Dr. Eduard Gaugler, Universität  
München, Vorstandsmitglied der  
Arbeitsgemeinschaft zur Förderung  
der Partnerschaft in der Wirtschaft  
e. V., Hilden/Rhld., begrüßen.

Die Vorträge wurden fortgesetzt  
mit dem Referat von Diplom-Kaufmann  
Friedrich Maier, Königsbrunn,  
Maschinenfabrik, über „Die Pro-  
blematik des gegenwärtigen Ar-  
beitsverhältnisses, Gedanken zu seiner  
Verbesserung“. Herr Maier  
stellte an den Beginn seiner Ausführ-  
ung die allgemein bekannte Tat-  
sache, daß trotz Arbeitszeitverkür-  
zung und steigenden Lohnes viel-  
fach Unzufriedenheit in den Betrie-  
ben anzutreffen sei. Auch klage man

über die absinkende Qualität der Erzeugnisse. Die Wirtschaftsstruktur des Betriebes zeige eine Eigengesetzlichkeit, die für viele Arbeiter kaum ein menschlich aktives Verhalten zulasse. Die Zusammenhänge seien undurchsichtig. Die Menschen reagieren darauf mit Anpassung, und zwar mit Nörgelei und Nihilismus. Dem folge der Verlust des Realitäts-sinns. Wo das Wissen versagt, tritt an seine Stelle die affektmäßige Verhaltensweise. Zu diesen aus der Technik sich ergebenden Gründen trete der Umstand, daß die marxistischen Doktrinen vom Klassenkampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft in Deutschland noch nicht überwunden sind, und schließlich sei ein Grund für die Unzufriedenheit gerade der Wohlstand. Er habe die Satttheit gebracht und mit ihr das Streben nach noch mehr materiellen Gütern.

Aus diesen Faktoren folgern viele Unternehmer, daß alle Versuche der Verbesserung des Arbeitsverhältnisses an der Tragik des industriellen Zeitalters scheitern. Diese Haltung beruhe weniger auf Böswilligkeit als auf Fatalismus.

Es gelte deshalb zu untersuchen, ob diese resignierende Haltung berechtigt sei. Eine Übersicht über die Entwicklung zeige den heutigen Standort des Arbeitsverhältnisses. Im Laissez-faire-Liberalismus war der Arbeiter schutzlos. Humanitäre Experimente, wie das von Owen, scheiterten. Die sozialistische Bewegung kam hoch und in Reaktion auf sie entwickelte sich unter Bismarck die Arbeiterschutzgesetzgebung. Durch das Betriebsrätegesetz von 1920 wurde die drohende Gefahr des Rätessystems abgewendet. Es enthielt Anfänge der Mitbestimmung. Es war der Beginn des kollektiven Arbeitsrechts in der Gesetzgebung. Damals wurde viel über Wirtschaftsdemokratie diskutiert. Der heutige Stand der Mitbestimmung beruht auf dem Betriebsverfas-

sungsgesetz von 1952. Durch dieses Gesetz sind die Unternehmer in ihrer Initiative nicht behindert. Der Betriebsrat hat nur eine Schutzfunktion in personaler und sozialer Hinsicht. Lediglich bei den Materien des § 56 des Gesetzes, die den sozialen Bereich betreffen, kann der Unternehmer überstimmt werden. In wirtschaftlichen Fragen besteht in Betrieben mit über 100 Beschäftigten eine Unterrichtungspflicht gegenüber dem Wirtschaftsausschuß. Im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften haben die Arbeitnehmer ein Drittel der Sitze, können also jederzeit überstimmt werden. Die wirtschaftliche Mitbestimmung ist somit nicht verwirklicht. Der Kampf des demokratischen Sozialismus geht deshalb nach wie vor um die Mitführung des Arbeiters im Betrieb. Der schlimmste Feind des Arbeiters wird nicht in der Maschine, sondern im Vorgesetzten gesehen..

Aus dem heutigen Arbeitsverhältnis lasse sich jedoch ein Anspruch auf Mitbestimmung nicht ableiten. Die Vertreter der Forderung nach Mitbestimmung begründen diese mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip. Das sei schlechthin abzulehnen. Denn dieses Prinzip habe in der Wirtschaft nichts zu suchen. Die wirtschaftliche Mitbestimmung sei begriffsnotwendig an das Eigentum gebunden. Sie sei also nur über eine Änderung der Unternehmensverfassung möglich. Der Arbeitnehmer müßte dann Miteigentümer sein. Es würde eine Haftungsverlagerung erforderlich werden. Heute schon hafte das Kapital des Unternehmers teilweise für Maßnahmen der Arbeitnehmer. Auf diesem Weg dürfe auf keinen Fall weitergegangen werden. Die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung sei auch dadurch besonders gefährlich, weil mit ihr die Gewerkschaften Einfluß im einzelnen Betrieb erlangen wollen. Der Betriebsegoismus würde dann durch den Verbandsegoismus

abgelöst werden. Das Ende wäre die kalte Sozialisierung. Die von manchen Theoretikern des Partnerschaftsgedankens, wie z. B. Bruno S. Hartmann, vertretene Auffassung, die betriebliche Partnerschaft müsse auch die wirtschaftliche Mitbestimmung umschließen, könne der Referent nicht teilen. Sie habe vielmehr nur dort Platz, wo der Arbeiter Mit-eigentümer sei. Im übrigen sei im wirtschaftlichen Bereich die Informationsmöglichkeit der angemessene Ausdruck der Partnerschaft. Sie beseitige das Mißtrauen gegenüber dem Unternehmer.

Auf das Einkommensproblem übergehend, legte Herr Maier dar, das jetzige Arbeitsverhältnis sei ein Kauf- oder Mietvertrag der Ware „Arbeit“. Der Arbeitnehmer sei Funktionalobjekt, der Lohn eine Rechengröße, für den Unternehmer ein Kostenfaktor. Der Lohn sei abhängig von der Arbeitsmarktlage. Hier herrsche die Logik der Subtraktion: die Lohnerhöhung mindert den Gewinn des Unternehmers. Diese erste Stufe des Arbeitsverhältnisses ist mit der Würde des modernen Menschen nicht vereinbar. Dieser Zustand herrsche noch in vielen Betrieben. In der zweiten, der sozialen Stufe des Lohnarbeiterverhältnisses, werde die Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Hier ist die moralische Überzeugung des Arbeitgebers entscheidend, seine sozial-ethische Einstellung. Der Arbeiter ist hier nicht funktionales, aber soziales Objekt. Das Optimum ist in der dritten Stufe erreicht: es handelt sich um das partnerschaftliche Mitarbeiterverhältnis, in dem die Subordination der Koordination gewichen ist.

Eine Beteiligung des Arbeiters am Unternehmerlohn, am Zinsertrag oder an der Risikoprämie sei sozial-ethisch nicht zu rechtfertigen. Es bestehe nicht unbedingt ein Zusammenhang zwischen guter Arbeit und Gewinn. Der Gewinn könne auch

auf der Monopolstellung des Unternehmers beruhen. Die Beteiligung der Arbeiter hieran wäre eine Art Bestechung. Der Arbeiter habe vielmehr sozial-ethisch nur einen Anspruch auf den in der dritten Stufe, der Partnerschaftsstufe, entstehenden Mehrertrag, den Bruno S. Hartmann in seinem Buch „Partnerschaft von Kapital und Arbeit“ als moralischen Mehrwert bezeichnet. In der dritten Stufe herrscht Logik der Addition. Die Gewinnbeteiligung bezieht sich somit nur auf den durch den Partnerschaftsbetrieb erhöhten Gewinn.

Zu dieser Auffassung von Hartmann ist zu sagen, daß an sich der arbeitende Mensch sozial-ethisch Anspruch auf den vollen, d. h. nicht durch Zins und Grundrente verkürzten, Arbeitsertrag hat. Hartmann ist allerdings darin zu folgen, daß dieser Anspruch auf dem Wege über die betriebliche Partnerschaft nicht verwirklicht werden kann. Hierzu bedarf es vielmehr der von Herrn Werner Schmid in seinem Referat dargelegten gesamtwirtschaftlichen Reformen, die die Grundrente in die Hände der Allgemeinheit überführen und den Zins durch ungehemmte Kapitalvermehrung organisch in das Arbeitseinkommen überführt.

Zur Eigentumsfrage führte Herr Maier aus, daß der Partnerschaftsbetrieb in seiner höchsten Form auch das Miteigentum beinhalte. Dem stünden die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Schaffung von Miteigentum gegenüber, für die schon eine ganze Reihe von Plänen vorliegen. Viele enthielten den Fehler einer zwangsweisen Stilllegung der Ersparnisse. Sie enthielten keinen Schritt in Richtung auf die Partnerschaft, sondern auf den verplanten Sozialstaat. Eine für die Marktwirtschaft gefährliche Vermögenszusammenballung bei neuen Vermögensträgern sei ebenfalls ein falscher Weg.

Was die Frage der Sicherheit angehe, so sei die ökonomische Sicherheit auf der untersten Stufe des Arbeitsverhältnisses durch die Gesetzgebung garantiert. In der zweiten Stufe treten die zusätzlichen betrieblichen Sicherheitsleistungen, wie die betriebliche Altersfürsorge, hinzu. In der dritten Stufe könne es sich nicht um den Ausschluß der Kündigungsmöglichkeiten, sondern um die Sicherheit durch Freiheit und Unabhängigkeit der Persönlichkeit handeln.

Zusammenfassend stellte Herr Maier fest, daß die Entlohnung im bestehenden Arbeitsverhältnis nicht ungerecht sei; solange der Arbeitnehmer nicht den moralischen Mehrwert schaffe, habe er keinen Anspruch auf Beteiligung am Betriebsergebnis über den marktgerechten Leistungslohn hinaus. Dasselbe gelte für die betriebliche Mitbestimmung. Sie sei nicht gerechtfertigt ohne Mit Eigentum des Arbeitnehmers. Das Lohnarbeitsverhältnis sei aber moralisch-menschlich ungerecht, da es eine volle Entfaltung der individuellen Fähigkeiten nicht zulasse. Das mache die Forderung nach betrieblicher Partnerschaft unabdinglich.

In dem sich anschließenden Vortrag über das Thema „Was verstehen wir unter Brüderlichkeit in der Wirtschaft“ gab Herr Dr. Lothar Vogel, Ulm, eine tiefdringende menschenkundliche Grundlegung von der Bedeutung und dem Sinn der menschlichen Arbeit. Auf diese Weise wurde der Partnerschaftsgedanke in anthropologisch-kultureller Sicht fundiert. Der Referent führte aus, der Begriff der Brüderlichkeit sei historisch belastet und weitgehend korruptiert. Er habe den Einschlag des Caritativen und des Bemitleidens. Er sei nirgends verwirklicht. Die französische Revolution habe unter der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ge-

standen. Die Menschen hätten jedoch damals dem Begriff der Brüderlichkeit hilflos gegenüber gestanden. Es lasse sich auch feststellen, wie es zum Versagen kam.

Seit Beginn des 18. Jahrhunderts habe es in Frankreich ständig Bauernaufstände gegeben. Die Lage sei kritisch geworden durch die Aufhebung der Allmend-Genossenschaften durch Ludwig XIV. Hinzu kam eine fehlgeleitete Finanzpolitik. In der Großstadt Paris habe damals eine Hungersnot geherrscht. Die Menschen hätten, wie in späteren Schwarzmarktzeiten, Schlange gestanden. Die Revolutionsregierungen hätten das Problem nicht gelöst. So wurde die Forderung nach Brüderlichkeit eine Farce und der napoleonischen Diktatur der Boden bereitet.

Und dennoch: Brüderlichkeit sei eine uralte Forderung. Sie finde sich schon im alten Testament.

Herr Dr. Vogel gab dann eine philosophische Begründung der Brüderlichkeit. Die Philosophie von Locke, Hume und Kant habe zu der Auffassung geführt, die Metaphysik sei unzugänglich, eine Beschäftigung mit ihr zwecklos. Dadurch sei die moderne Naturwissenschaft in krasser Trennung von der Geisteswissenschaft entstanden. Es seien Kräfte getrennt worden, die einstmals vereint waren. Diese Konsequenz sei im Bolschewismus bewußt, im Westen unbewußt gezogen worden. Das Abschneiden der Metaphysik habe zu einem Dualismus geführt. Das Geistige wird für unrealistisch gehalten. Die geistig-seelische Begründung der Wirtschaft wird abgelehnt. Dadurch kam es zur Unterscheidung von Kultur und Zivilisation. Aber es werde immer versucht, diese Kräfte wieder zu vereinen. Um diese Aufgabe zu lösen, müsse man davon ausgehen, wo der Ort der Brüderlichkeit im Menschen liege. Mit anderen Worten: was bedeuten Freiheit, Gleich-

heit und Brüderlichkeit für das menschliche Leben? Die Nachfahren der französischen Revolution hätten, wie de Toqueville, einseitig den Freiheitsgedanken — oder wie Proudhon allein die Brüderlichkeit zur Grundlage ihres Denkens und Wollens gemacht. Der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entsprächen die menschlichen Kräfte des Denkens, Fühlens und Wollens. Bei Ausscheidung des geistigen Seins müsse das Menschenbild ein ganz einseitiges werden. Dies sei beim heutigen naturwissenschaftlichen Menschenbild der Fall. Es sei gar kein Bild, sondern nur ein Konglomerat von Gegebenheiten. Diese Tatsache mußte zum Kollektivismus führen. Wie kommen wir wieder zum Ganzen? Auf Kant seien Fichte, Schelling und Hegel gefolgt, die Entdecker des Ich in seinen drei Entfaltungen, im Moralischen, im Gemüt und im Geistigen.

Das war die Entdeckung der Autonomie des Menschen als transzendental gesteuertes Wesen. Es sei bisher noch nicht gelungen, für diese dreifache Ich-Entdeckung den Aktionsbereich im Wirtschaftlichen, Rechtlichen und Kulturellen zu finden. Es gebe bisher keine wesentliche Philosophie der Autonomie des Menschen. Im Ich des Menschen müsse eine subjektiv:objektive geistige Größe gesehen werden. Das Menschenbild sei bisher noch ein Zufallsergebnis. Denken, Fühlen und Wollen hätten alle ihre inneren Organbereiche. Sie bilden eine Ganzheit, die drei Bereiche durchdringen, erhalten und beleben sich gegenseitig. Im sozialen Bereich sei die Situation genauso. Kultur, Recht und Wirtschaft hätten ihre eigene Autonomie noch nicht gefunden. Diese drei elementaren Lebensnotwendigkeiten warten auf Erfüllung im Seelenleben. Was die Wirtschaft angehe, so entspreche in ihr die planende geistige Arbeit der Bewußtseinsaktion, die verwirklichende körperliche Arbeit dagegen der Wil-

lensaktion im menschlichen Seelenleben. Es sei eine hoffnungslose Unterbewertung der körperlichen Arbeit und damit der Willenspotenz festzustellen. Der körperlich arbeitende Mensch müsse Zeit und Muße für geistige Arbeit haben, sonst liege diese Potenz darnieder. Ebenso entstehe geistige Produktivität nicht aus geistiger Arbeit. Einseitige geistige Betätigung führe zum Absterben der anderen Kräfte des Seelenlebens und damit zur Verkümmern. Dasselbe gelte umgekehrt für die körperliche Betätigung. Jeder Mensch habe Anspruch auf beides. Das mache einen neuen ganzheitlichen Arbeitsbegriff für die Gesellschaft. Die Arbeit habe eine polarisch-rhythmische Doppelnatur. Zwischen den Polen der geistigen Arbeit und der körperlichen Arbeit, zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen Plan und Verwirklichung müsse eine Partnerschaft eintreten. Auch in der Gesellschaft sei eine partnerschaftliche Ganzheit von geistiger und körperlicher Arbeit erforderlich. Der Partnerschaftsgedanke stelle einen neuen sozialen anthropologischen Zustand her. Dieser erst liefere das richtige vertiefte Verständnis vom Begriff der Brüderlichkeit. Die Brüderlichkeit liege in der polaren Ganzheit, in dem Miteinanderarbeiten und -leben. Sie komme treffend zum Ausdruck in der Formel Proudhons: Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit. Die aus dem Bereich der Antipatie stammenden Begriffe der freien Konkurrenz und des freien Wettbewerbs würden dann ersetzt und ergänzt durch den aus dem Bereich der Sympathie stammenden Begriff der brüderlichen Dienstleistung.

Am Nachmittag sprach Oberingenieur Walter Zellmer, Firma J.M. Voith, Turbinenfabrik, Heidenheim/Brenz, über „Innerbetriebliche Struktur- und Organisationsfragen vom Gesichtspunkt des her-

kömmlichen Arbeitsverhältnisses“.

Es sei bisher nicht nur Negatives geleistet worden, aber es sei wichtig, wohin jetzt die Entwicklung weitergehe. Die Kritiker der Partnerschaftsbewegung meinten, der Betrieb sei ein Wirtschaftsunternehmen, dem es um Produktion und Gewinn gehe. Kultur und Moral seien Sache der Lehrer, Pastoren und Philosophen.

Um nicht in der Abstraktion stecken-zubleiben, sei eine genaue Kenntnis der Aufgaben und Probleme eines modernen Betriebes erforderlich. Herr Zellmer gab deshalb zunächst einen Überblick über die Gliederung der Aufgaben in zeitgemäßen Industriebetrieben am Beispiel eines mittleren Betriebes des allgemeinen Maschinenbaues mit eigenem Programm. Am Anfang stehe der Markt. Seiner Erforschung folge die Produktionsplanung, weiter der Vertrieb, die Arbeitsgestaltung, Arbeitsausführung und der Auftragsabschluß wieder am Markt. Ein besonderes Problem sei die Gliederung der Funktionen in zeitgemäßen Betrieben. Unter der Unternehmens- und Betriebsleitung stünde ein kaufmännischer und ein technischer Bereich. Die Aufgliederung dieser Bereiche erfolge nach wie vor trotz vorübergehender anderer Versuche, die jedoch gescheitert seien, nach dem Modell der militärischen Organisation. Der Unternehmungsleitung unterständen die Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter, Werkmeister, Vorarbeiter und Arbeiter. Das sei die sogenannte Betriebshierarchie, die sogenannte Linienfunktion mit direkter Anweisungsbefugnis der jeweiligen Vorgesetzten. Die Linienfunktion werde gegenwärtig z. T. abgelöst von der Stabslinienfunktion, bei der ein Teil der Mitarbeiter mit verantwortlichen Aufgaben nur eine indirekte Anweisungsfunktion (Stabsfunktion) hätten.

Der Referent ging dann ein auf die Abgeltungsrichtlinien. Hier sei zu unterscheiden zwischen den freien Verträgen mit leitenden Angestellten, den Manteltarifgehaltern und betrieblichen Sonderleistungen, den Mitarbeitern im Stundenlohn und den Mitarbeitern im Akkordlohn. Das gegenwärtige Entlohnsystem führe zum Mißtrauen und zur Entfremdung zwischen den Zweckverbänden der Sozialpartner. An seine Stelle müssen die individuelle betriebliche Partnerschaft treten. Das mache eine andere Auffassung von der Arbeitsvergütung erforderlich, das Lohnverhältnis müsse Partnerschaftsverhältnis werden. Der Wohlstand für alle sei ein erstrebenswertes Ziel. Die menschlichen Probleme würden aber damit nicht gelöst. Sie seien nur in einem evolutionären Prozeß zu lösen.

Der Verbesserung des Betriebsklimas würde es dienen, wenn die Unterschiede von Arbeitern und Angestellten und die Unterscheidung von sogenannten produktiven und unproduktiven Mitarbeitern beseitigt würden. Zumindest zu den leitenden Mitarbeitern müsse ein echtes Partnerschaftsverhältnis bestehen. Lohnerhöhungen allein seien kein ständiger dynamischer Anreiz zur Erhöhung der Arbeit bis an die Leistungsgrenze. Das allgemeine Drängen zum Großbetrieb sei nichts anderes als ein Drang nach dem beamtenähnlichen Verhältnis. Die Gewohnheiten der 60-Stundenwoche seien auf die 40-Stundenwoche übernommen worden. Es würden ungeheure Arbeitsreserven verschleudert. Es müßten also Leistungsanreize geschaffen werden. Der Akkordlohn werde vielfach als das geeignete Rezept betrachtet, sei es aber nicht. Auf die Dauer würden Mehrleistungen immer wieder durch die Akkordschere beschnitten. Selbst wenn die betrieblichen Organisationsprobleme gelöst seien, bleibe die menschlich-soziale Seite. Der Anreiz, bis an die Leistungsgrenze

zu gehen, sei nur dort vorhanden, wo sich alle als Partner fühlten. Disziplinierte Ausführende reichten nicht aus.

In der Aussprache wurde die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, daß die Automatisierung den Arbeitsprozeß notwendig entmenschliche. Es wurde darauf hingewiesen, daß man in den USA versucht habe, ihr durch Dezentralisierung des Betriebes entgegenzuwirken (Lincoln).

Hierzu wurde jedoch festgestellt, daß das betriebliche Leistungsoptimum sehr unterschiedlich bedingt sei. Der Großbetrieb, der eine gewisse Grenze überschreite, werde zu schwerfällig. Andererseits stoße die innerbetriebliche Dezentralisierung auch oft an technisch-kalkulatorische Grenzen, die unübersteigbar seien. Die industrielle Produktionsweise habe ihre Eigengesetzlichkeit, der Rechnung getragen werden müsse. Unbedingt erforderlich für das Vertrauensverhältnis sei die weitgehende Information der Mitarbeiter. Der Arbeit im Industriebetrieb einen tieferen Sinn abzugewinnen, sei vielfach eine Romantisierung. Während in manchen Bereichen eine Vermenschlichung des Arbeitsprozesses durchaus möglich sei, helfe in anderen nur die Verkürzung der Arbeitszeit. Ob die gewonnene Freizeit sinnvoll verwendet werde, sei davon abhängig, ob der Mensch rechtzeitig an die Bildungsgüter herangeführt worden sei. Das mache die Forderung nach einem freien Bildungswesen zu einem immer brennenderen Problem.

Am Abend berichtete Herr Walter Sembach, Firma Th. Groz & Söhne Ernst Beckert KG., Ebingen/Wttbg., und AGP-Mitglied über: „Der gegenwärtige Stand der Partnerschaftsbewegung und die Praxis des Partnerschaftsgedankens“. In dem mit viel Humor gewürzten Vortrag sprach Herr Sembach, der ganz in der Praxis eines Part-

nerschaftsbetriebes steht, in frischen und zu Herzen gehenden Worten über eine reiche Praxis und die vielfältigen menschlichen Probleme des betrieblichen Zusammenarbeitens.

Das Wirtschaftswunder sei die Folge der ethischen Substanz des kleinen Menschen. Nach dem Zusammenbruch und nachdem die Währungsreform die Grundlage für ein echtes Unternehmerwirtschaften geschaffen hatte, sei bei einem Teil der Unternehmer die Idee stark geworden, auch im Betrieb den kleinen Mann in seine Rechte einzusetzen. In den Jahren von 1948 bis 1951 habe der Partnerschaftsgedanke erfreuliche Ansätze gemacht. Er sei dann durch das Wirtschaftswunder überholt worden. Man müsse sich aber mit allem Ernst darüber klar sein, daß die Herausforderung des Ostens nicht nur eine machtpolitische sei, sondern in der Forderung nach einer neuen Gesellschaftsordnung bestehe. Diese müsse auf der Grundlage beruhen, daß die Persönlichkeit im anderen Menschen anerkannt werde. Die Vollbeschäftigung bringe ganz neue Probleme. Die Arbeitnehmerseite sei stärker geworden. Deshalb erkenne man aus ökonomischem Zwange mehr und mehr, daß etwas für den Arbeitnehmer getan werden müsse. In der Bundesrepublik beteiligten gegenwärtig etwa 1000 Betriebe den Arbeiter am Gewinn. Es gehe aber nicht um die materielle Besserstellung, sondern um die Anerkennung des Menschen. Der Mensch wachse mit der Verantwortung. Hierfür habe ihm die militärische und betriebliche Praxis immer wieder erstaunliche Beispiele geliefert. Leider leisteten die Unternehmervverbände und die Gewerkschaften Widerstand gegen die Partnerschaftsbewegung. Sie fürchteten offensichtlich um ihre Kollektivmacht. Die Praxis der Partnerschaftsbetriebe zeige eine große Fülle und Mannigfaltigkeit. Jeder Betrieb habe sein eigenes

System. Ein Patentrezept gebe es hier nicht. In dem Betrieb, in dem der Referent tätig sei, habe die Partnerschaft sehr gute Erfolge erzielt und ein gutes Betriebsklima geschaffen. Die Arbeitnehmerschaft werde zur Hälfte am Erfolg beteiligt. Der Betriebsrat verwalte eigenverantwortlich alle sozialen Einrichtungen. Der Krankenstand liege zwischen 3 und 4% und sei somit erheblich niedriger als der allgemeine Durchschnitt.

Die Praxis zeige, daß die betriebliche Partnerschaft nur dann von Dauer sein könne, wenn der Arbeiter nicht um seinen Arbeitsplatz zittern müsse. Der partnerschaftliche Betrieb könne viel leisten, aber immer nur im Rahmen einer funktionierenden Gesamtordnung mit Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung.

Anschließend wurden eine ganze Reihe von Fragen an Herrn Sembach gestellt, die sich meist auf seine reichen betrieblichen Erfahrungen bezogen, und deren Beantwortung ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Praxis eines Partnerschaftsbetriebes gab.

Am Sonnabendvormittag sprach Dipl.-Volkswirt Bodo Steinmann vom Walter-Eucken-Institut, Freiburg/Brg., über: „Die freiheitliche Wirtschaftsordnung und die Betriebsverfassung.“

Herr Steinmann wies einleitend darauf hin, der Begriff „Partnerschaft von Kapital und Arbeit“ sei nicht ganz zutreffend, da es um die Partnerschaft zwischen dem Unternehmer und den Arbeitnehmern gehe. Die Suche nach der adäquaten Betriebsverfassung sei dringend, da die Ordnung des Arbeitsverhältnisses zurückgeblieben sei. Jedes Problem müsse in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung von der Ordnung her gelöst werden. So könne etwa die Währungsstabilität nicht

durch einen Preisstopp garantiert werden. Eine solche Maßnahme wäre die Folge einer punktuellen Betrachtung. Sie zöge Lohnstopp und Aufhebung der Konsumfreiheit nach sich. Das wäre ein Verrat an der freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die Wirklichkeit zeige auch in der westlichen Wirtschaft eine immer stärkere Vermachtung. Der Unterschied zwischen den wirtschaftlichen Ordnungsformen werde immer mehr verwischt. Um so wichtiger sei die Besinnung auf das theoretisch Richtige.

Der partnerschaftlichen Betriebsverfassung werde nur die freie Wettbewerbswirtschaft gerecht. Die Wirtschaft sei nicht Selbstzweck. Das oberste wirtschaftliche Ziel sei die optimale Güterversorgung, der oberste Wert aber sei die Freiheit. Sie sei die Quelle aller anderen individuellen Werte. Eine Bindung dürfe nur erfolgen durch für alle geltende gleiche Regeln.

In der Zentralverwaltungswirtschaft liege die Planung bei einer Zentralstelle. Sie gebe die Anweisung, wann, was, in welcher Menge produziert und konsumiert wird. Eine solche Wirtschaftsordnung sei mit dem übergeordneten Wert der Freiheit des autonomen Menschen nicht vereinbar. Die Zentralverwaltungswirtschaft gewähre aber auch nicht eine bessere Versorgung der Bevölkerung als Ersatz für die fehlende Freiheit. Der Gesamtplan könne nur die Versorgung mit Standardgütern sicherstellen. Ihm fehle die Flexibilität.

Nur durch den Preismechanismus sei eine optimale Steuerung der Güterversorgung gewährleistet. Auch in der Wettbewerbsordnung verschaffe nur die Planung Freiheit, denn sonst werde man verplant. Es handele sich aber um die Planung jedes einzelnen, um die Produzenten- und Konsumentenfreiheit.

Diese Freiheit sei eine solche von willkürlichem Zwang, nicht von rechtlicher Bindung.

Es seien aber in der Wettbewerbsordnung nicht alle Menschen in jeder Hinsicht frei. Das Prinzip der Wettbewerbsordnung sei die Koordination. Innerhalb des Betriebes herrsche jedoch Subordination. Sie sei nach geltender Auffassung Voraussetzung für die reibungslose Koordination am Markt.

Das Problem lasse sich daher eingrenzen: Wie können in einer einheitlichen Wirtschaftsordnung die einzelnen an den Wirtschaftsplänen mitwirken? Wie können sie an den Betriebsentscheidungen beteiligt werden? Denkbar wäre die Beteiligung im günstigsten Falle nur über Mehrheitsbeschlüsse. Mit dem demokratischen Prinzip sei jedoch die Bestimmung des Produktionszieles nicht zu lösen. Der Wettbewerb fordere die ständige Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes. Hier sei kein Platz für anpassungsverzögernde Abstimmungen. Das Produktionsziel werde durch den Wettbewerb vorgeschrieben. Es handele sich um einen Zwang, aber nicht durch Personen, sondern durch den Markt, der nicht willkürlich bevorzugen und benachteiligen kann. Im Monopol gehe der Zwang von der Person aus. Der Monopolist verkürzt die Wahlmöglichkeiten. Die Beteiligung der Arbeiter am monopolistischen Verhalten würde sie zur pressure group machen.

Die Marktzwangsläufigkeit gebe keine Begründung für die Subordination ab. Am Markt sei eine völlige Koordination möglich. Im Betrieb dagegen komme nur eine Mitwirkung beim Verfahren, das auf dem Wege zum Produktionsziel eingeschlagen wird, in Betracht. Ordnungspolitisch seien alle innerbetrieblichen Maßnahmen zu befürworten, die die Wettbewerbsfreiheit nicht antasten.

Eine Beteiligung sei nur an dem leistungsbezogenen Einkommen des Unternehmers gerechtfertigt. Beteiligung am Eigentum verlange die Beteiligung auch an der Haftung. Dieses Risiko sei für den Arbeitnehmer unzumutbar. Denn selbst wenn die Dauerkonjunktur Vollbeschäftigung gewährleiste, so bestehe immer das Risiko einer Branchenkrisis. Der Gedanke der Partnerschaft sei deshalb völlig losgelöst von der Eigentumsfrage zu sehen. Er habe seine Begründung in der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie sie in Art. 14 Abs. 2 GG zum Ausdruck kommt. Auch dem Arbeiter müsse die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) ermöglicht werden. Der Arbeiter müsse nicht gezwungen sein, sein Eigentum in seinem Betrieb zu bilden. Vielmehr müsse gerade für seine Ersparnisse die Möglichkeit einer breiten Risikostreuung bestehen.

Die betriebliche Partnerschaft würde wettbewerbsaktivierende Wirkung haben, da sie sich besonders für Mittelbetriebe eigne und deren Produktivität erhöhe. Das würde den Kostenvorfall des Großbetriebes mildern.

Herr Steinmann faßte seine Ausführungen dahin zusammen:

Die Wettbewerbsordnung sei mit betrieblicher Koordination und Subordination vereinbar. Sie müsse jedoch eine Stufe weitergeführt werden, um auch dort, wo der Markt nicht hineinreicht, die Freiheit des einzelnen zu gewährleisten. Die Wettbewerbsordnung könne zwar Unabhängigkeit und auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes schaffen. Weiter würde die Abschaffung aller Privilegien die Aufstiegsmöglichkeiten stärken. Hinzu kommen müsse jedoch die Koordination auch im Betrieb durch betriebliche Partnerschaft dort, wo sie mit dem Wettbewerbsprinzip vereinbar sei.

Am Sonnabendnachmittag hielt Herr Fritz Penserot, Kirn, ein Kolloquium über: „Die Partnerschaftsidee und das Problem der Macht. Die konjunkturpolitischen Voraussetzungen der Partnerschaft“, das er mit folgenden Bemerkungen einleitete:

Es sei wichtig, das Verhältnis zwischen Moral und Ordnung zu klären. Die moralischen Forderungen beinhalteten stets eine Gesinnungsänderung, d. h. aus dem egoistischen Gegeneinander müsse ein altruistisches Miteinander werden.

Es frage sich jedoch, ob das Problem der Herbeiführung der sozialen Gerechtigkeit mehr ein moralisches sei oder nicht mehr ein ordnungspolitisches. Freiheit, Autonomie und Selbstbestimmung fänden sich in allen Verfassungen. Bloße Proklamationen reichten jedoch nicht aus. Der Mensch sei immer der Versuchung des Bösen ausgesetzt. Seine Autonomie sei oberster Wert und müsse verwirklicht werden. Aber ebenso dringlich sei es, ihren Mißbrauch, den Mißbrauch der Macht, zu verhindern. Macht brauche daher Gegenmacht. Dieser Montesquieu'sche Grundsatz gelte aber nicht nur für den Bereich der Politik, sondern auch für den Bereich der Wirtschaft. Wirtschaftsgesellschaften, deren Rechtsinstitutionen Machtmißbrauch treiben könnten, hätten kein Recht. Das sei der Fall bei der zentralgeplanten Wirtschaft. Sie leiste dem Machtmißbrauch Vorschub. Moralische Forderungen reichten aber auch keinesfalls aus in der Wettbewerbswirtschaft. Auch in ihr entstünden, wenn nicht verfassungsmäßig verankerte und geschützte Ordnungsprinzipien die „Gegenseitigkeit“ oder „Tauschgerechtigkeit“ gewährleisteten, Machtpositionen, „längere Hebelarme“, die von den geschickteren Wirtschaftspartnern (ganz gleich ob auf der Seite des Produktionsfaktors

„Kapital“ oder der Produktionsfaktoren „Arbeit“ oder „Boden“) im Handeln gemäß dem „ökonomischen Prinzip“ völlig legal und im besten Glauben, aber eben zum Nachteil der anderen Wirtschaftspartner, ausgenutzt würden. Dies habe denn in Bezug auf das Arbeitsverhältnis zur Folge, daß das Lohnarbeitsverhältnis nur in Zeiten der Nichtvollbeschäftigung funktioniere. Denn nur dann bestehe Wettbewerb der Arbeitnehmer um die relativ knappen Arbeitsplätze und würden infolgedessen höchste Leistungen erbracht. In Zeiten der Vollbeschäftigung hingegen funktioniere das Lohnarbeitsverhältnis nicht mehr. Ja in ihnen könnten die Gewerkschaften geradezu zu gefährlichen Monopolisten des Arbeitsmarktes werden, die ihre Macht ohne jede Rücksichtnahme auf die allgemeine Wirtschafts- und zumal Außenhandels-Lage ausnutzen könnten. Die an sich so notwendige und erfreuliche Dauervollbeschäftigung zwingt daher die Wirtschaft, neue Formen des Arbeitsverhältnisses, eben die Partnerschaft, einzuführen. Die Vollbeschäftigung sei andererseits aber auch Voraussetzung der Partnerschaft, denn nur gezwungenermaßen seien nun einmal die Menschen (im Falle der Teilarbeitslosigkeit die Unternehmer) bereit, auf ihre Privilegien zu verzichten. Freiwilling hingegen — und auf die freie menschliche Entscheidung komme es doch ganz primär an — seien sie nur dann bereit, Privilegien oder Machtpositionen aufzugeben, wenn ihre unmittelbaren Interessen ihnen dies nahelegten.

In der allgemeinen Aussprache wurde klargestellt, es gehe um eine Parallelschaltung der Interessen aller Mitarbeiter im Betrieb, statt des bisherigen Interessengegensatzes im Lohnverhältnis. Diese ordnungspolitische Aufgabe dürfe nicht im Menschlichen steckenbleiben, sondern müsse ihren Ausdruck in

adäquaten Rechtsformen finden. Der ordnungspolitische Gesichtspunkt sei in den bisherigen Publikationen der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Partnerschaft nicht gebührend in den Vordergrund gerückt worden. Das Argumentieren auf der moralischen Ebene stoße viele Unternehmer ab, die um die nackte Wirklichkeit und die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft wissen.

Störend machte sich in der Aussprache bemerkbar, daß einige Gesprächsteilnehmer, statt auf die in den Referaten aufgeworfenen Sachfragen einzugehen, ihre Redezeit lediglich damit ausfüllten, von irgendeinem weltanschaulichen Boden aus menschliche Bekenntnisse abzugeben. Diese Schwäche ist unter uns Deutschen anscheinend weit verbreitet. Man findet sie in den Diskussionen immer wieder. Es handelt sich zwar nur um eine Minderheit, die aber doch ausreichen kann, um den anderen Teilnehmern, die um sachliche Klärung der Probleme bemüht sind, eine Diskussion zu verleiden und eine allgemein ungeduldige und gereizte Stimmung zu erzeugen. Es wird Aufgabe der Seminarleitung sein, in Zukunft in höflicher, aber bestimmter Form auch diese Außenseiter auf die Sachfragen zu verpflichten.

Im Abendgespräch wurde die ordnungspolitische Diskussion fortgesetzt. Es ging hierbei insbesondere um die gesamtordnungspolitische Problematik, in die die betriebliche Partnerschaft eingebettet ist. Es bestand im wesentlichen Übereinstimmung darüber, daß die betriebliche Partnerschaft nur dann allgemeine Anerkennung finden werde, wenn durch Vollbeschäftigung und Dauerkonjunktur die Arbeitskraft knapp sein werde. Bei absinkender Konjunktur würde aus den ökonomischen Gegebenheiten heraus der Interessengegensatz in seiner vollen Stärke wieder wirksam. Das schließe nicht aus, daß in den aus echter

menschlicher Überzeugung gebildeten Partnerschaftsbetrieben eine Krise besser durchgestanden werde als in einem gewöhnlichen Betrieb.

Zum anderen ging es um die Frage, ob neben der betrieblichen Partnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter auch eine gesamtwirtschaftliche Partnerschaft zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital das ordnungspolitische Ziel sei. Das machte eine Klärung erforderlich, ob das Kapital ebenso wie der Grund und Boden ein Monopol darstelle, dessen Machtstellung es erlaube, den Arbeitsertrag auf die Dauer zu verkürzen. Mit diesen Fragen wurde an Grundfragen der Sozialethik und an Grundaxiome der schulmäßigen Nationalökonomie gerührt. Wer diesen Fragen auf den Grund gehen will, sei auf das Buch von Otto Valentin „Überwindung des Totalitarismus“ verwiesen, in dem der Problemkomplex mit der gebotenen Sachlichkeit und Gründlichkeit behandelt wird. Die Aussprache war sehr lebhaft und fand allgemeines Interesse.

Am Sonntagvormittag fand ein zusammenfassendes Forumgespräch statt unter Leitung von Herrn Eckhard Behrens, an dem teilnahmen: Frä. Irene Lauer und die Herren Fritz Penserot, Diether Vogel, Friedrich Maier, Michael Wachsmuth und der Verfasser dieses Berichtes. (Heinz-Peter Neumann (d.R.)). Die in dem Gespräch ohne wesentlichen Widerspruch noch einmal zusammengefaßten Aspekte des Problems der betrieblichen Partnerschaft waren folgende:

#### 1. Die anthropologische Sicht der Partnerschaft

Das Zusammenleben autonomer Menschen verlangt Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Diese Grundanliegen stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern bedin-

gen sich. Partnerschaft ist Ausdruck der Brüderlichkeit. Mit ihr wußte man bisher nichts Rechtes anzufangen. Partnerschaft ist Gerechtigkeit im Sinne der Gegenseitigkeit. Ihre Verwirklichung stellt einen neuen sozial-anthropologischen Zustand her.

## 2. Der sozialetische Gesichtspunkt

Es geht nicht um die Partnerschaft von Kapital und Arbeit, sondern um die Partnerschaft von unternehmerischer Arbeit und abhängiger Arbeit. Was das Verhältnis von Kapital und Arbeit angeht, so geht es sozialetisch um die Verwirklichung des vollen Arbeitsertrages, d. h. des nicht durch den Kapitalzins verkürzten Arbeitsertrages. Denn der Kapitalzins ist Monopolertrag, der von unserem, der Arbeit überlegenen Gelde erzwungen wird. Die erforderlichen Reformen können nur gesamtwirtschaftlich durchgeführt werden, nicht etwa innerhalb eines einzelnen Betriebes.

Die innerbetriebliche Partnerschaft verwirklicht die sozial-ethische Forderung nach Achtung der Würde des anderen Menschen. An die Stelle der Subordination tritt die Koordination.

Eine Beteiligung am Unternehmensertrage ist insoweit gerechtfertigt, als durch die Partnerschaft das Betriebsergebnis erhöht wird (sogeannter moralischer Mehrwert).

## 3. Der ordnungspolitische Aspekt

Die Autonomie der Persönlichkeit und ihre freie Entfaltung sind der Maßstab aller ordnungspolitischen Maßnahmen. Gesamtwirtschaftlich wird die Freiheit und die Gegenseitigkeit nur durch die Wettbewerbswirtschaft, die (monopol-)freie Marktwirtschaft gewährleistet. Durch sie wird am Markte das Prinzip der Koordination verwirklicht. Die Wettbewerbswirtschaft kann jedoch nicht die innerbetriebliche Koordination durch Ersetzung des Lohnverhältnisses durch ein Part-

nerschaftsverhältnis bewirken, wohl aber kann sie sie erleichtern und fördern. Hinzutreten muß die innerbetriebliche Partnerschaft aus der Entscheidung der einzelnen Unternehmungen heraus. Das Prinzip der Koordination freier Menschen wird dann auch im betrieblichen Bereich verwirklicht.

Das Miteigentum des Arbeiters an seinem Betrieb ist ordnungspolitisch nicht als vordringliches Ziel anzustreben. Denn Miteigentum verlangt notwendig die Mithaftung, anderenfalls würde Partnerschaft zur kalten Sozialisierung führen. Die Mithaftung ist aber wegen der immer möglichen Branchenkrisen ein für den Arbeiter unzumutbares Risiko. Er soll zwar in die Lage gelangen, Vermögen zu bilden, dies jedoch frei mit möglichst breiter Risikostreuung anlegen können.

## 4. Der sozialrechtliche Aspekt

Hier geht es um die rechtliche Fundierung der Überwindung des Interessengegensatzes im bisherigen Lohnverhältnis. An die Stelle des Lohnverhältnisses tritt das Partnerschaftsverhältnis. Dieses muß rechtlich nach den Regeln des Gesellschaftsverhältnisses ausgestaltet sein. Falls die Mitarbeiter, was die Regel ist, nicht zugleich Miteigentümer sind, müssen die Vorschriften der stillen Gesellschaft eingreifen, da die Mitarbeiter in diesem Falle kein Recht auf Mitbestimmung des Produktionszieles haben.

## 5. Der betrieblich-ökonomische Gesichtspunkt

Betriebliche Partnerschaft erhöht nach allen bisher gemachten Erfahrungen das Betriebsergebnis. Sie schafft ein besseres Betriebsklima. Die Mitarbeiter gehen bis an die Grenze ihrer Leistungskraft. Sie kontrollieren sich gegenseitig. Die Arbeitsmoral wird besser.

Es muß jedoch klar herausgestellt werden, daß der industrielle Betrieb

der Möglichkeit, der Arbeit durch Partnerschaft einen Sinn zu geben, Grenzen setzt. In vielen Bereichen der Produktion kann der Arbeit schlechthin kein anderer Sinn als der der Beschaffung der Mittel für die Bedürfnisbefriedigung abgewonnen werden. Dies nicht zu erkennen, wäre eine Romantisierung. Hier hilft nur weitere Arbeitszeitverkürzung, was eine Reformierung unseres Bildungswesens unabdinglich macht, damit der arbeitende Mensch in der Freizeit an den Bildungsgütern der Menschheit teilhaben kann.

Die Tagung hat die Vielschichtigkeit des Problems der betrieblichen Partnerschaft deutlich gemacht und eine Fülle von Anregungen gegeben. Vor allem wurde deutlich, daß die Idee

der Partnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, das rege soziologische Gespräch über dieses Thema und die immer zahlreicher werdenden Bemühungen um die praktische Verwirklichung dieser Idee eine weitere Verstärkung des Bollwerks der freiheitlichen Ordnung gegenüber dem Kommunismus bedeutet.

Es konnte bei dieser ersten Tagung des Seminars über dieses Thema mehr oder weniger nur um eine Bestandsaufnahme und ein Auseinanderblättern des Problems gehen. Weitere Tagungen werden auf den gewonnenen Einsichten aufbauen können.

Heinz-Peter Neumann  
Oberregierungsrat

## Gedanken zur 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 3. bis 6. Januar in Boll bei Göttingen

Die Tagungsstand unter dem Thema: „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart“. Die Teilnehmer (ca. hundert) spürten, daß sich hier außerhalb der hohen Politik eine dynamische Kraft entwickelt, die schon Otto Valentin mit den Worten andeutete: „Noch nie haben Regierungen neuen Erkenntnissen zum Durchbruch verholfen, wohl aber vermögen neue Erkenntnisse Regierungen zu formen“.

Eingeleitet wurde die Tagung mit einer Zusammenfassung der Aufgaben dieser Tagung, die Dr. Heinz Hartmut Vogel verfaßt hat, die aber Heinz Peter Neumann (Berlin) verlesen mußte, da Dr. Vogel erkrankt war.

Herzhaft begrüßungsworte des jungen Bürgermeisters von Boll verschönten gleich den Beginn der Tagung. Den Abend des ersten Tages füllte ein umfassender Vortrag des Schweizer Nationalrates Werner Schmid, Zürich, über die sozialpolitische Notwendigkeit der Betriebspartnerschaft aus.

Am 4. 1. Vormittag hielt der junge und in seiner Themenführung sehr sympathisch wirkende Diplomat Kaufmann Friedrich Maier einen bis in das kleinste Detail ausgearbeiteten Vortrag über die Problematik des gegenwärtigen Arbeitsverhältnisses, wobei er neben den sozialrechtlichen auch die ökonomischen Verhältnisse klar herausarbeitete.

Anschließend behandelte Dr. Lothar Vogel (der leider frühzeitig wegfahren mußte) in seiner gewohnt tiefgründigen Art die Problematik von der menschlichen Seite und besonders von der Seite der Würde des Menschen her, wobei er in kühnem geistesgeschichtlichem Flug wieder die Dinge von der Antike her gründlich beleuchtete.

Die undankbarste Aufgabe hatte wohl Oberingenieur Walter Zellmer, ein in der modernen Industrieführung gut versierter Fachmann, der die „innerbetrieblichen Struktur- und Organisationsfragen vom Gesichtspunkt des herkömmlichen Arbeitsverhältnisses“ aufzuzeigen hatte. Sein fachmännisches Wissen und Können befähigte ihn, Einsicht zu geben, wie der Mensch in der modernen Fabrik immer mehr zum seelenlosen Objekt der aufs äußerste verfeinerten elektronischen Apparatur wird und so jede erlebnishaft Verbindung mit dem Erzeugnis, aber auch mit der Leitung des Betriebes verliert.

Demgegenüber konnte Walter Sembach, ein erfahrener Praktiker auf dem Gebiete der Partnerschaft in einem der größten Betriebe Württembergs, die seelisch-geistigen Aspekte hervorkehren, die durch das Partnerschaftswesen geweckt werden, wodurch das Interesse der Partner am Betrieb ungeheuer angefacht wird. Der Vortragende, der sich selbst als ein im Schwabenland gut akklimatisierter Preuße vorstellte, verstand es, durch seine humorvolle Vortragsweise die Tagungsteilnehmer nach anstrengender Tagesarbeit noch bis in die späten Abendstunden hinein wach zu halten.

Ausgeruht konnte man am Samstag mit dem in diesen Kreisen sehr geschätzten Dipl.-Volkswirt Bodo Steinmann vom Walter-Eucken-Institut an die Arbeit gehen. Das Ausgeruhtsein war notwendig, denn bei dem jun-

gen, mit einem umfassenden Wissen ausgestatteten Mann wiegen nicht allein die Thesen oder die Sätze, sondern jedes Wort. Wenn in den vorangegangenen Vorträgen der Sache um der Verständlichkeit willen manches Mal ein Mäntelchen als Aufputz umgehängt wurde, so mußte Bodo Steinmann, der die Sache von der Seite der Gesamtordnung her zu untersuchen hatte, diesen Aufputz wieder entfernen, um ganz klare Sicht zu bekommen. Er mußte es klar aussprechen, daß ein Betrieb mit demokratischen Mitteln nicht geführt werden kann, weil er sich täglich anpassen muß, was schnelle Entscheidungsmöglichkeiten voraussetzt.

Und schließlich hatte noch Friedrich Penserot das ganze Problem von der macht- und konjunkturpolitischen Seite her zu untersuchen, womit alle Themen erst richtig in die Diskussion eingeführt wurden.

Daß bei der Fülle des Gebotenen die Führung der Diskussion nicht leicht war (sie wurde von Eckhard Behrens und Heinz Peter Neumann geleitet) ist begreiflich. Daß die Diskussionsleiter dann, wenn die Diskussion abzugleiten drohte, etwas abrupt sie wieder auf die vorgesehenen Bahnen leiten mußten, ist ebenso begreiflich. Es gelang aber am Schluß doch, den aus der Wirtschaft sich anbahnenden Entwicklungskräften jene Mächte sichtbar gegenüberzustellen, die einer dauernden Sicherung der Konjunktur entgegenstehen. Das Wort vom verlängerten Hebelarm, an dem wohl jetzt der Arbeiter sitzt, der aber bei Abflauen der Konjunktur und beim Einsetzen einer auch nur leichten Arbeitslosigkeit wieder in die Hände der Unternehmer zurückfallen würde, (dieses Wort wurde in die Diskussion geworfen) zwang schließlich, die Ursachen der konjunktur-

politischen Probleme näher zu untersuchen.

Das Einspielen auf den gleichlangen Hebelarm ist kein statisches, sondern ein dynamisches, sich ständig auspendelndes Problem, das nur dann und nur solange funktionieren kann, als das ökonomische Ordnungssystem keine einseitigen Machtpositionen aufkommen läßt, die eine schwankende Konjunktur hervorrufen könnte. Diese Machtpositionen auszuforschen und zu beseitigen, wurde schließlich als dringendste Aufgabe angesehen.

Herr Walter Sembach berichtete bei der Tagung in Boll, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg der Partnerschaftsgedanke in den Betrieben starke Auftriebstendenzen zeigte, die später abebbten, in den letzten Jahren aber wieder an Bedeutung gewannen. Die derzeitigen Auftriebstendenzen dürften wesentlich andere Ursachen haben. In den ersten Nachkriegsjahren dürften der Verlust der Produktionsbasis durch Kriegseinwirkung, die un reale Politik der Siegermächte (die damals noch einig waren) wie Morgenthau-Plan, Demontagen usw. die Unternehmer zu einer wahren Schicksalsgemeinschaft mit den Arbeitern zusammengeführt haben. Heute steht ein ordnungspolitisches Ringen im Vordergrund.

Der ungeheure Wiederaufbau und Nachholbedarf nach dem Krieg einerseits, das Ringen um eine neue Form des Liberalismus (Neoliberalismus) in Form der „Sozialen Marktwirtschaft“ (wobei unter „sozial“ das gerechte Teilhaben der Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg zu verstehen ist) haben eine Situation geschaffen, die völlig neu ist. Völlig neu insofern, als in dem Ringen um den gerechten Anteil am Sozialprodukt der „Kapitalist“ den längeren Hebelarm zu verlieren droht. Allerdings noch nicht aus einem Ordnungssystem, sondern

aus dem Zwang heraus, den uns die weltpolitische Lage auferlegt. Der Westen darf sich keine Krise leisten; das diktiert heute der zur ungeheuren Weltmacht gewordene Kommunismus. Beide, sowohl der Westen, wie auch der Osten, dürfen eine „Fortführung der Politik mit anderen Mitteln“ (Krieg) nicht mehr anstreben; das diktiert die Atomwaffe.

Die so erzwungene Vollbeschäftigungswirtschaft wird heute mit verschiedenen Mitteln aufrecht erhalten. Um nur einige zu nennen: Das Streben, das Gleichgewicht in der Rüstung nicht zu verlieren; die Hilfe für die unterentwickelten Länder, teils um sie an den Westen zu binden, hauptsächlich aber, um sie aufnahmefähig zu machen für einen höheren Konsum; die durch den zunehmenden Wohlstand erschlossene höhere Konsumfähigkeit der heimischen Bevölkerung und nicht zuletzt die mit suggestiven Mitteln vorangetriebene Erziehung zur Konsumgesellschaft. All diese Mittel sind aber problematisch; sie könnten eines Tages in die andere Richtung umschlagen. Das von der Weltmacht „Kommunismus“ auferlegte Diktat bleibt aber bestehen. Aus all dem ergibt sich eine wesentlich andere Stellung der Arbeitnehmer: Sie brauchen nicht mehr die Arbeitsstätte zu suchen — sie wird ihnen in Fülle angeboten. Der Arbeitnehmer ist aus der entwürdigenden Situation, die der Arbeiterüberfluß schafft, in die aus dem Knappheitszustand resultierende Würde des „gesuchten Menschen“ emporgestiegen. Der Arbeitnehmer sitzt am längeren Hebelarm.

Aber keine Würde ohne Bürde. Der Arbeitnehmer wird mitverantwortlich an der Gesamtwirtschaft. Er darf den längeren Hebelarm nicht mißbrauchen. Das bekommen auch die Gewerkschaften zu spüren. Mit der Partnerschaft im Betrieb ergeht

die erste Einladung an die Arbeiter zur Mitverantwortung.

Solange aber die Überlassung des längeren Hebelarmes an die Arbeitnehmer nur aus der jeweiligen politischen Situation heraus erfolgt, wird das Partnerschaftssystem doch nur mit schwelendem Mißtrauen hingenommen, denn die Ursache, warum bis jetzt immer der „Kapitalist“ am längeren Hebelarm saß, bleibt bestehen. Sie ist darin zu suchen, daß die zeitweise Überlassung desselben an die Arbeitnehmer doch immer von der Bereitschaft abhängig gemacht wird, den Kapitalertrag unangetastet zu lassen.

Wir sprechen bewußt vom „Kapitalisten“, nicht vom Unternehmer, dessen volkswirtschaftliche Aufgabe eine wesentlich andere ist, als die des Kapitalisten. Der Unternehmer hat immer zu trachten, die Produktion im Gang zu halten, rationeller und ergiebiger zu gestalten, um im Wettbewerb bestehen zu können. Das liegt auch im Interesse des Arbeiters. Die Partnerschaft im Betrieb ist nicht widernatürlich. Sie liegt im gleichen Interesse beider. Entgegen steht nur das Interesse des Kapitals.

Wer ist nun der Kapitalist? Er kann wohl „funktionsloser Investor“ (Kapitalrentner) sein. Er kann aber ebensogut Arbeitnehmer, wie auch Unternehmer sein. Als Kapitalist ist er funktionslos im Betrieb; als Arbeitnehmer oder Unternehmer hat er aber innige funktionelle Bindungen zu ihm.

Während der Unternehmer ständig für das Bestehen des Betriebes im Wettbewerb sorgen muß, hier täglich und stündlich Entscheidungen von oft größter Tragweite zu treffen hat, was ihm höchste Bewährung abverlangt, sieht der Kapitalist nur auf die Höhe des „Kapitalertrages“. Er überlegt nur, ob es sich bei Erreichung einer gewissen

unteren Grenze noch lohnt, sein Geld in die Produktion zu geben oder in die Liquidität zu gehen. Diese Überlegung stellt der vom betrieblichen Denken vollkommen losgelöste „Arbeiterkapitalist“ ebenso an, wie auch der funktionslose „Nur Kapitalist“. Diese Monopolstellung müßte überwunden werden, um erst das volle Vertrauen zur Partnerschaft zu wecken.

Dann aber verliert das Sitzen am längeren Hebelarm seine Bedeutung. Der Hebelarm wird sich so einpendeln, daß er für den Unternehmer und den Arbeiter gleich lang wird und bleibt.

Unternehmer sein ist eine Funktion, die viel abfordert: Rasches Entscheiden, strenges kaufmännisches Rechnen, Umsicht im Betrieb, Organisationstalent, Menschenbehandlung (gutes Betriebsklima) Weltaufgeschlossenheit usw., das sind die Qualitätsmerkmale eines guten Unternehmers. Und in allem steckt ein gutes Stück Wagnis. Dafür gebührt ihm der seiner Leistung entsprechende Unternehmerlohn.

Sobald die Macht des Kapitals gebrochen ist, damit die ständige Vollbetriebswirtschaft gesichert erscheint, das Kapital sich auch bei niedrigem Kapitalertrag anbieten muß, kann der Wettbewerb zwischen Unternehmer und Arbeiter sich nur mehr um die Funktion im Betrieb abspielen. Der Arbeiter wird genau so wie der Unternehmer seine ganze Kraft in den Dienst des Unternehmens stellen müssen, denn nur davon wird seine Funktionsstellung im Betrieb abhängen. Kein Monopol sichert mehr das längere Stück am Hebelarm, sondern er wird sich im Wettbewerb ständig auf Waage einpendeln.

Von dieser Warte aus gesehen, ist die Arbeit jener Unternehmer, die schon heute die Partnerschaft im Betrieb pflegen, eine Pioniertat im

Dienste eines zukünftigen Ordnungssystems. Obendrein eine Pioniertat, die sich außerhalb der hohen Staatspolitik abspielt, aber im Stande sein wird, die Politik der Zukunft zu bestimmen.

Erfreulich war, in Boll zu erleben, daß berufene Menschen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft mit hohem sittlichen Ernst an dieser Aufgabe mitarbeiteten. So be-

steht Aussicht, daß sich außerhalb der hohen Politik jene dynamische Kraft entwickeln wird, die schließlich auch die Politik formen und so dem kollektiven System des Ostens jenen Damm entgegensetzen wird, an dem es Halt machen muß. Dem Seminar ist zu dieser glückhaften Entwicklung aufrichtig zu gratulieren.

Alois Dorfner, Linz/Donau

## Partnerschaftstagung

Das „Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft des Staates und der Kultur“, stellte seine XIII. Tagung vom 3. mit 6. Januar in Boll bei Göppingen (Württemberg) unter das Thema „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft - eine dringende Forderung der Gegenwart“. Die Bejahung und Befürwortung des Partnerschaftsgedankens, die in der Formulierung des Themas zum Ausdruck kommen, kennzeichnen die ganze Tagung. Neben der lebhaften Diskussion im Rahmen dieser Tagung, die vor allem auch durch das aufgeschlossene Interesse der zahlreichen jüngeren Teilnehmer gekennzeichnet war, fand der Partnerschaftsgedanke in verschiedenen Referaten eine beinahe uneingeschränkte und fast selbstverständliche Anerkennung. U. a. referierten Diplom-Kaufmann Friedrich Maier (Heidenheim) über „Die Problematik des gegenwärtigen Arbeitsverhältnisses“, Walter Sembach (Nadelfabriken Groz-Beckert KG., Ebingen) über das Thema „Der gegenwärtige Stand der Partnerschaftsbewegung und die Praxis des Partnerschaftsgedankens“, Diplom-Volkswirt Bodo Steinmann (Frei-

burg) über „Die freiheitliche Wirtschaftsordnung und die Betriebsverfassung“, sowie Fritz Penserot zum Thema „Die Partnerschaftsidee und das Problem der Macht“.

Beachtung verdient, daß diese Tagung in ihren Gesprächen immer wieder zu der von der AGP vertretenen Auffassung des Partnerschaftsgedankens durchfand, die in der Partnerschaft nicht lediglich ein Erfolgsbeteiligungsverfahren sieht, daß sich die Teilnehmer um den Zusammenhang zwischen Wettbewerbswirtschaft (als Form einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung) und betrieblicher Partnerschaft bemühten, und daß die Auswirkungen der Vollbeschäftigung auf die Chancen für die Verbreitung des Partnerschaftsgedankens in der Wirtschaft erörtert wurden.

Das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ beabsichtigt die Drucklegung der Referate dieser Tagung (Bestellungen an das „Seminar für freiheitliche Ordnung“, 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60).

Dr. Eduard Gaugler

(Aus AGP-Mitteilungen, Nr. 2, XI. Jahrg., 15. Febr. 1963, 401 Hilden/Rhld., Postf. 125)

## Ein Seminarbesucher aus Österreich schreibt:

Ich finde, daß das Seminar die einzige Hoffnung ist, noch rechtzeitig zu vernünftigen Lösungen in der Wirtschaftspolitik zu kommen. Bei uns in Österreich ist es ja besonders tragisch, da wir im Sumpf der Dirigisterei und des Proporz zu ersticken drohen. Die übertriebene Aufgabenteilung an den Staat — die voranzutreiben die sozialistische Partei, die ja in der Koalition als Regierungspartei sitzt — sieht diese Partei als ihre programmatische Aufgabe an. Man kann sich dann ausrechnen, wie die Wirtschaftspolitik aussieht: Alles Kompromisse zwischen marxistischer und liberal-kapitalistischer Ideologie. Die wenige Industrie, die noch außerhalb der staatlichen Sphäre steht, wird erdrosselt. Der Kapitalmarkt und besonders der Kreditmarkt wird besonders für die noch freie Industrie erdrosselt, da der Staat alle anfallenden Kreditreserven für sich beansprucht. Der Zinsfuß ist sehr hoch (8—10 Prozent für hypothekarische Anleihen). Der jetzt einsetzende scharfe Wettbewerb würde

für die Industrie einen funktionierenden Kapitalmarkt erfordern, da rationale Investitionen erforderlich wären. Der hohe Zinsfuß lockt ausländisches (besonders deutsches) Kapital an, was zu einer importierten Inflation treibt. Um diese Inflation einigermaßen abzubremsen, macht die Nationalbank vom Recht der Erhöhung der stillgelegten Barreserven Gebrauch, wodurch die spärlich vorhandenen inländischen Kapitalien vom Wettbewerb direkt ausgeschaltet werden. Als Rettungsanker versucht man immer mehr ins Ost- besonders ins Rußlandgeschäft zu kommen, was Chruschtschow natürlich für sich weidlich ausnützt. So wurden große Aufträge für die Lieferung von Warmwalzblech (Hütte; Krems, die zur VÖST gehört) storniert, so daß man dort die Arbeiter entlassen mußte. So macht man uns allmählich weich. Gerade Österreich ist ein Beispiel, wie man es nicht machen darf.

Dies nur in Kürze. Ich freue mich schon wieder auf die Sommer-tagung.

\*

## Buchbesprechung

**Professor Dr. Paul Heinrich Diehl:**  
**„Grenzen der Malerei“**  
(240 Seiten, 42 Abbildungen, Leinen  
DM 17,80, Verlag Eduard Wancura,  
Wien)

Die chaotischen Zustände, die den Menschen in der ganzen Welt beunruhigen, haben im wesentlichen ihre Gründe in der Unausgeglichenheit zwischen dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der geistigen und seelischen Entwicklung. Besonders stark kommt diese Verworrenheit in der modernen Kunst zum Ausdruck. Auch der Zeitgenosse von hoher Bildung und geschultem Kunstverständnis wird in dieses Dilemma hineingeworfen und steht ratlos vor den Erzeugnissen der gegenstandslosen Kunst. Hier ist ein Wegweiser wie es das Buch von Professor Dr. Paul Heinrich Diehl „Grenzen der Malerei“ darstellt, eine Wohltat.

In ausgezeichnet geschriebenen Kapiteln über „Die neuen Gestaltungstendenzen“, „Entwicklung der Malerei“, „Malerei und Musik“, „Abstrakte Form“, „Formauflösung“, „Das Absolute“, „Das Primitive“, um nur einige der wesentlichsten zu nennen, werden hier in bestechender Weise die ästhetischen Begriffe geklärt. Diehl setzt sich in klassischer Art mit dem Gedankengut der

Vorkämpfer der „Abstrakten und Gegenstandslosen“ auseinander und bringt aber auch die Ergebnisse ihrer Gegner in überzeugenden Zitaten. Paul Klee, Picasso und Salvador Dali werden dankenswerter Weise mehrere aufschlußreiche Kapitel gewidmet. Zu diesem Buch hat Dr. Ernst Winkler einen Beitrag verfaßt „Paul Klee und die exakte Wissenschaft“.

Paul Heinrich Diehl kennt die Kunstgeschichte aller Kulturvölker; als ehemaliger Studienrat und Bürgermeister von Gräfelfing bei München, kennt er aber auch die Welt und das Leben, er ist sowohl vertraut mit der Tiefenpsychologie als auch mit den soziologisch-psychologischen, technischen und wirtschaftlichen Hintergründen der Verbreitung der modernistischen Kunst. Durch sein maßvolles Urteil, seine zwingende Beweisführung und seine klare Forderung schafft er dem suchenden Kunstbetrachter die Möglichkeit des eigenen Urteils. Er befreit ihn von der quälenden Unsicherheit, im Dunkeln zu tappen, wo keine Helle vorhanden ist, eine Sprache nicht zu verstehen, die nur von Eingeweihten gesprochen wird und Leistungen bewundern zu müssen, die keine sind. Lessing hätte an diesem Buche seine Freude gehabt.\*

Dr. Carl J. Burkart

\*) Übernommen aus „Telos“ 2/1963

### Ankündigungen

**Zu Ostern, vom 11. bis 14. April**

(Anreise Gründonnerstag, Ende Ostersonntag 14 h)

findet in Heidenheim/Brenz (792) ohne festes Programm ein Ostergespräch der Jugend statt. Es sollen in lockerer Weise Gespräche geführt werden

über die geistesgeschichtliche und die sozial- und weltpolitische Gegenwartssituation sowie über persönliche Lebens- und Berufsfragen.

Rechtzeitige Anmeldungen bitte an **Herrn Dr. Heinz Hartmut Vogel**, 792 Heidenheim, Brucknerstraße 1.

Die **Sommertagung 1963** des Seminars für **freiheitliche Ordnung** soll auf Wunsch vieler Tagungsteilnehmer wieder Anfang August (2.—11. August 1963) in **Herrsching** am Ammersee in der Bauernschule stattfinden. Als vorläufiges Thema ist vorgesehen: **Wie kann die freiheitliche Ordnung des Abendlandes wirksam verteidigt werden?**

Halten Sie sich diesen Termin frei!

### **Vorankündigung**

Es ist geplant, die grundsätzlichen Referate der Partnerschafts-Tagung in Boll (3.—6. Januar 1963) von Dr. Lothar Vogel, Dipl.-Kaufmann Friedrich Meier, Obergeringieur Walter Zellmer, Dipl.-Volkswirt Bodo Steinmann, Fritz Penserot und Dr. Heinz Hartmut Vogel als „Partnerschafts“-Sonderheft herauszugeben. Bestellungen erbeten an: „Fragen der Freiheit“, Bad Kreuznach. Red.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß von Dr. Heinz Hartmut Vogel demnächst ein Buch erscheinen wird mit dem Titel: „**Jenseits von Macht und Anarchie**“.

Das Buch behandelt Grundsätze freiheitlicher Ordnungspolitik in geschlossener Darstellung, sowohl dem Inhalt als auch der Methode nach, die gesellschaftspolitischen Fragen, wie sie in dieser Schriftenreihe und auf den Arbeitstagen des Seminars für freiheitliche Ordnung im einzelnen zur Sprache kommen.

Das Buch wird im Buchhandel voraussichtlich DM 20,— kosten, bei Vorbestellung kann der Preis auf ca. DM 16,— ermäßigt werden.

Bestellungen erbeten direkt an den Verfasser, Dr. H. H. Vogel, 792 Heidenheim/Brenz, Brucknerstraße 1 — oder an Fragen der Freiheit, Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60.

### **Übersicht über die in „Fragen der Freiheit“ seither behandelten Themen:**

Die kursivgedruckten Themen behandeln schulrechtliche Probleme.

Folge 1: *Die Krisis des Erziehungswesens - Freiheit der Kultur — eine dringende (vergriffen) Forderung der Gegenwart - „Gedanken zur freien Erwachsenenbildung“*

Folge 2: *Schule und Staat - Die Schule als Politikum - „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur“ (vergriffen)*

Folge 3: *Ungehindertes Zugang für alle zu den Bildungsgütern - Bewußtseinstufen des Menschen*

Folge 4: *An der Schwelle des Atomzeitalters - Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen - Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; „Forderungen an unser Bildungssystem“ - An die sich verantwortlich Fühlenden (vergriffen)*

Folge 5: *Staatliche oder freie Erziehung - Denkmethode und Sozialpolitik (vergriffen)*

Folge 6: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar . . .“ - Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung - Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars*

- Folge 7: Freiheit — Illusion oder Wirklichkeit - Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung - Die neue Weltmacht
- Folge 8: Grundgesetz und Schulrecht - Aperçus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes - Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar - „Freiheit, Bindung und Organisation im Deutschen Bildungswesen“ - Brief aus USA
- Folge 9: Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode - Die freie Welt in der Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg - Alexis de Tocqueville - Zu seinem 100. Todestag (16. April 1839) - Brief aus USA
- Folge 10: Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem - II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? - III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit - IV. Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung - Pierre Joseph Proudhon - Zu seinem 150. Geburtsjahr
- Folge 11: Die funktionsfähige Währung - Die Goldwährung - Der Ursprung des Geldes im Mythos - Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung - Schulrechtsdiskussion - In Memoriam Hans Bernoulli
- Folge 12: Friedrich Schiller - Zu seinem 200. Geburtstag - Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens - Bildungsplan oder freie Erziehung? - Die Schulrechtsdiskussion
- Folge 13: Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles - Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur - Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? - Demokratie und Wirtschaftsordnung
- Folge 14: Grundgesetz und Schule - Schulpflicht - Das Elternrecht und die Freiheit der Lehre - Die Schulrechtsdiskussion
- Folge 15: Staat - Wirtschaft - Erziehung: Das Wesen des Staates / Die Urformen der Wirtschaft / Das Ziel der Erziehung
- Folge 16: Gedanken zum Tag der deutschen Einheit 1960 - Demokratie und Sozialversicherung - Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes Märcchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie - Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg - Gedanken aus Österreich - Die Schulrechtsdiskussion
- Folge 17: Das Systemprogramm des deutschen Idealismus (Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Frühjahr 1796) - Die Freiheitsfrage, an die Leser der „Fragen der Freiheit“ - Goethes Kunstanschauung - Schulrechtsdiskussion - Neue Schulgesetzentwürfe in Hessen
- Folge 18/19: Stirner - Die Idee des Abendlandes; vom Hellenentum zum Goetheanismus - Sozialismus - Schulrechtsdiskussion
- Folge 20: Individualität und Sozialerkenntnis - Der Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage - Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde
- Folge 21: Der 6. März 1961, Gedanken zur Aufwertungsdebatte - Über die Goetheanistische Erkenntnismethode - In memoriam Alexander Meier-Lenior - Elternrecht und staatliche Subventionierung der Erziehung an freien Schulen - Der funktionsfähige soziale Organismus - Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Die Wirtschaft.
- Folge 22: Merits and pitfalls in „Foreign aid“, Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe - Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode - Zur Finanzierung freier Schulen - Der funktionsfähige soziale Organismus - Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Das Geld.
- Folge 23: Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen - Der Förderalismus und das deutsche Bildungswesen - Das Primat der Kultur im sozialen Organismus - Wer erzieht unsere Kinder?
- Folge 24: Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe - Utopie oder Wirklichkeit - Beitrag zur Bodenrechts-Diskussion - Staatliches Bildungswesen.
- Folge 25: Vom Wesen der Arbeit. Eine sozialpädagogische Studie - Neue Wege freiheitlicher Politik. Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance - Grundrechte und Naturrecht - Über Partnerschaft in der Wirtschaft - Freiheit der Erziehung und Kultur-einheit. Brief an einen Soziologen - Die Grundsätze des freien Kulturlebens - Die Kulturpolitik in den Wahlprogrammen.

- Folge 26: Was verstehen wir unter „freiheitlicher Ordnung“ von Wirtschaft, Staat und Kultur und wodurch ist diese freiheitliche Ordnung funktionsfähig? — Über die sittliche Haltung im Wirtschaftsprozeß — *Die Einführung der Reifepfprüfung.*
- Folge 27: Zur Biographie eines Freiheitssuchers — *Zehn Millionen Schulprogramme.* Über die Notwendigkeit der Freiheit des Erziehungswesens — Max Stirner, der Ich-Philosoph — Ein Individualist — Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?
- Folge 28: *Veni creator spiritus* — Gedanken zum fünfjährigen Bestehen der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ — Konjunkturpolitik am Scheidewege — Partnerschaft. Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses — Der Schwarze Dienstag.
- Folge 29: Die Idee der Gerechtigkeit bei Thomas von Aquino — Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem — Berichte über die 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung — *Aus einem Brief, betreffend Schulpolitik* — Die Quadratur des Kreises. Betrachtungen zur konjunkturpolitischen Lage — Die Politische Gemeinschaftskunde.
- Folge 30: Von der Grundrente und ihrer Heimholung — Inflation oder Krise? — Starre und Offenheit im deutschen Bildungssystem — Koexistenz bis aufs Messer — *Die politische Gemeinschaftskunde.*
- Folge 31: Friede auf Erden — Was verstehen wir unter Freiheit? — Erkenntnisfrage — Schicksalsfrage — Stufen der Goethe'schen Erkenntnisart — *Die Politische Gemeinschaftskunde* (Fortsetzung).

Beim *Sammelbezug* aller bis jetzt erschienenen Folgen „Fragen der Freiheit“ wird der Druckkostenpreis pro Heft auf 1,70 DM ermäßigt.

*Bezugspreis:* Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit“ gebeten, wenn möglich, den Bezugspreis jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

Beachten Sie bitte bei Ihren Überweisungen die genaue Bezeichnung des Postscheckkontos: Konto Nr. 530 73 Postscheckamt Ludwigshafen (Rhein) H. Klingert, 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60.

*Bitte an die Leser von Fragen der Freiheit*

Werben Sie bei Ihren Freunden und Bekannten für *Fragen der Freiheit*; geben Sie uns Adressen von interessierten Persönlichkeiten an, denen wir Probehefte schicken — oder fordern Sie bei der Redaktion (655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60) Werbeprospekte an.

### Druckfehlerberichtigung

In „Fragen der Freiheit“, Folge 31, auf Seite 42, 3. Zeile von oben, sollte das Wort „Richterliche Gewalt“ analog zu „Vollziehende Gewalt“ und „Gesetzgebende Gewalt“ fett gedruckt sein.

Von der Folge 31 an enthält die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ eine Anzeigenbeilage, auf die wir die Leser freundlichst hinweisen.

Red

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ erscheint als privater Manuskriptdruck etwa sechsmal im Jahr, und zwar im Februar, zu Ostern, zu Pfingsten, im Juli, im Oktober und zu Weihnachten. Sie verbinden die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur“ (Sitz: 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Bezugspreis ist so bemessen, daß sich die Herausgabe der Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Bezugspreis für das Einzelheft DM 2,25

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Röhmerstraße 97

Bezug: „Fragen der Freiheit“, 655 Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60

Postscheck: H. Klingert, Ludwigshafen/Rhein, Nr. 530 73.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt

